

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite****Immanent, transzendent und exterritorial****Dänische und schwedische Sozialdemokratie und die ideologische Herausforderung des Wohlfahrtsstaates in den letzten 30 Jahren***Urban Lundberg und Klaus Petersen***Summary**

The history of the welfare states Denmark and Sweden is tightly interweaved with the history of Social Democracy. Our point of departure here is that this relationship is not as straightforward as the existing bulk of literature may suggest. We therefore try to set up a framework for studying the relationship between Social Democracy and the welfare state as being both ambivalent and complex. We start by formulating a historically grounded starting point: How did Social Democracy view the welfare state? Whatever criticism have been levelled between the 1960s and 1990s at the welfare state, and no matter whether they have been formulated inside Social Democracy or from different positions outside, there seems to be only one main political agent to answer to this criticism: Social Democracy itself.

*Urban Lundberg, fil. kand. ist als Doktorand am Historischen Institut der Universität Stockholm tätig. Klaus Petersen, cand. mag. arbeitet als Doktorand am Historischen Institut der Universität Kopenhagen.*

**Einleitung<sup>1</sup>**

Wo wollen wir hin? So lautet in den neunziger Jahren die zentrale Frage der sozialdemokratischen Parteien in Dänemark und Schweden wie im Rest Europas. Neue Zeiten, neue Probleme und neue Lösungen werden zu politischen Slogans, während Traditionalismus, Beton und uniforme staatliche Lösungen in das Raritätenkabinett der Geschichte verbannt werden. Anthony Giddens und Tony Blair sind die neuen Idole dieses Kurses – in jüngster Zeit auch Gerhard Schröder.

Mit diesen Worten läßt sich der beherrschende politische Diskurs der nordeuropäischen Arbeiterparteien in den späten neunziger Jahren umreißen. Das Verhältnis der sozialdemokratischen Parteien zum Wohlfahrtsstaat ist komplexer als je zuvor. Externe Zwänge (z. B. Globalisierung), strukturelle Veränderungen (demographischer Natur) und finanzielle Engpässe haben in Verbindung mit dem Versuch einer ideologischen Neuorientierung eine Reihe sozial- und wirtschaftspolitischer Fragen, die seit langer Zeit und ein für alle Mal gelöst zu sein schienen, repolitisiert.

Das nordeuropäische, das skandinavische und nicht zuletzt das schwedische Modell hatten seit Jahrzehnten den progressiven politischen Kräften in anderen Ländern als Idealtypus gedient.<sup>2</sup> In den nordeuropäischen Staaten ging es in den fünfziger und sechziger Jahren primär darum, die jeweils eigenen Wohlfahrtsmodelle zu perfektionieren, während die politisch

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

bedeutsamen Vergleiche zwischen den Ländern gezogen wurden. Dies mündete in einer institutionalisierten Zusammenarbeit sowohl zwischen den sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen als auch den sozialen Institutionen.<sup>3</sup> Im Laufe der achtziger und neunziger Jahre verlor dieses glorreiche Modell ein wenig von seiner Attraktivität – sowohl in Nordeuropa selbst als auch aus der Sicht des Auslandes. In Dänemark und Schweden wurde es legitim, auf den „flexiblen amerikanischen Arbeitsmarkt“, die japanische Unternehmenskultur oder die wohlfahrtspolitischen Reformen in Neuseeland zu verweisen.

In den letzten Jahren haben die sozialdemokratisch geführten Regierungen in Dänemark und Schweden Initiativen in Richtung einer „Erneuerung“ des Wohlfahrtsstaates unternommen. Diese konkretisierten sich in einer Reihe weitreichender Reformen der Sozialversicherung und der Arbeitsmarktpolitik. Es ist jedoch augenfällig, daß dieser Erneuerungsprozeß den sozialdemokratischen Parteispitzen ernsthafte Probleme bereitet. Sowohl in den eigenen Reihen als auch von außerhalb sind teilweise lautstarke Proteste einerseits gegen die vermeintlichen sozialen Einschnitte zu vernehmen, andererseits wird bemängelt, daß die Reformen nicht umfassend genug seien.

Im vorliegenden Artikel wollen wir die in Dänemark und Schweden seit 1968 geführte Debatte über den Wohlfahrtsstaat untersuchen. Hierbei soll der Schwerpunkt auf die Rolle der Sozialdemokraten gelegt werden. Aufgrund der sozialdemokratischen Dominanz in beiden Ländern (insbesondere aber in Schweden) stehen die sozialdemokratischen Parteien naturgemäß im Mittelpunkt der wohlfahrtspolitischen Debatte, unabhängig davon, ob sie die Rolle einer Reformpartei oder die eines Verteidigers des Wohlfahrtsstaates einzunehmen versuchten. Ausgangspunkt ist eine Beschreibung des wohlfahrtsstaatlichen Konsens, der sich in den sozialdemokratischen Regierungsphasen der fünfziger und sechziger Jahre herausgebildet hat. Anschließend werden die ideologischen Herausforderungen, denen sich die sozialdemokratische Wohlfahrtspolitik in den kommenden Jahren stellen mußte, analysiert.

**Der richtige Blickwinkel**

Die in reichhaltiger Menge vorhandene Literatur über die Sozialdemokraten und den Wohlfahrtsstaat trägt den gemeinsamen Zug, daß das gegenseitige Verhältnis als eindeutig und unproblematisch dargestellt wird.<sup>4</sup> In der *Macht-Ressourcen-Theorie* (sozialdemokratische Wohlfahrtsschule), die im nordeuropäischen Diskurs eine dominierende Stellung einnimmt, wird die Geschichte des Wohlfahrtsstaates von der Annahme abgeleitet, daß die Sozialdemokraten von jeher universelle und hoch-institutionalisierte Wohlfahrtsstaaten wünschten.<sup>5</sup> Historische Studien haben hingegen in mehreren Fällen die Notwendigkeit unterstrichen, ein stärker nuanciertes Bild dieser Rationalisierungsthese zu entwerfen –, der es ohnehin schwer fällt, die sozialdemokratische Politik der neunziger Jahren anders zu erklären, denn als irrational oder widersprüchlich.

Der heterogene Chor der *Krisentheoretiker* schwirrte in den siebziger und achtziger Jahren um theoretische oder strukturelle Begriffe wie Globalisierung, Erosion der Arbeiterklasse, Wertewandel, Individualisierung,

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Post-Industrialismus, Disziplinierung der Arbeiterklasse und Postmodernismus. Mit den Worten Wolfgang Merzels: „As if a mysterious ‚invisible hand‘ conducted this Babel of voices, they seem to harmoniously spread the messages of crisis, decline and the end of social democracy.“<sup>6</sup> Was in diesen Analysen als historisch passe dargestellt wird, ist aber mehr als eine Reihe historischer (und historisch veränderlicher) Voraussetzungen für die sozialdemokratische Wohlfahrtspolitik: zum Beispiel der Keynesianismus, eine industrielle Arbeiterklasse, materielle Not oder die marxistische Ideologie – und nicht die Partei an sich.

In jüngster Zeit ist die Sozialdemokratie wieder in die Geschichtsschreibung zurückgekehrt, diesmal allerdings in Form einer organisatorischen Klammer, die auf einem neuen individualisierten und globalisierten Terrain zu agieren hat.<sup>7</sup> Der Wohlfahrtsstaat, die historische Identität und Ideologien wirken in diesem Zusammenhang als Fesseln, derer sich eine moderne Parteiführung zu entledigen habe – eine Annahme, die nicht mit der politischen Wirklichkeit in den nordeuropäischen Staaten übereinstimmt und eher dazu tendiert, die Sozialdemokratie zu macchiavellisieren.

Wir versuchen hingegen in diesem Artikel, diese vereinfachenden Erklärungen für das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat zu nuancieren. Zugleich weisen wir die Tendenz zu einer vollständigen Deideologisierung, wie sie in Teilen des politikwissenschaftlichen Diskurses (zumeist in Zusammenhang mit Rational-Choice-Studien) zu finden ist, zurück.<sup>8</sup> Wir glauben, daß Ideologien als politische Grundhaltungen eine bedeutende Rolle für das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Wohlfahrtsstaat spielen, ohne daß diese Bedeutung anhand einer einfachen Formel zusammengefaßt werden könnte. In den zahlreichen Studien über die Entwicklungen und Auseinandersetzungen in speziellen Fragen der Gesetzgebung wie zum Beispiel in der Renten-, der Familien- oder der Bildungspolitik, wird häufig von der unreflektierten (und unnuancierten) Prämisse ausgegangen, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich für Universalismus, Steuerfinanzierung und einen immer größeren öffentlichen Sektor stehe. Die Sozialdemokratie hat jedoch nie über eine geschlossene sozialpolitische Theorie verfügt – und in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hat es häufig unterschiedlichste Ansichten zu ein und demselben Problem gegeben.<sup>9</sup> Ohne diese Erkenntnis ist es unmöglich, die Entwicklungen im sozialdemokratischen Wohlfahrtsdiskurs der vergangenen dreißig Jahre zu verstehen.

Wenn wir uns in diesem Artikel den politisch-ideologischen Herausforderungen zuwenden, denen sich der Wohlfahrtsstaat in den vergangenen drei Jahrzehnten zu stellen hatte, untersuchen wir, wie die sozialdemokratische Wohlfahrtspolitik unter dem Eindruck dieser Herausforderung geformt und die Herausforderungen wiederum durch die sozialdemokratische Politik beeinflusst wurden. Diese Dialektik ermöglicht es, den untersuchten Zeitraum als ein Ganzes zu verstehen und einem neuen Typus historischer Studien den Weg zu weisen. Die meisten existierenden Studien beschreiben die politisch-ideologische Wohlfahrtsstaats-Debatte entweder als wissenschaftlich unproblematisch (indem die Sozialdemokraten generell für Universalismus stehen und die bürgerlichen Parteien für selektive sozialpolitische Maßnahmen) oder als Abstraktum in Form eines nicht näher

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

definierten Zeitgeistes (zum Beispiel in Form von Schlagworten wie „1968“ oder die „Neue Rechte“ in den achtziger Jahren). Weder Vereinfachungen noch mythologisierende Abstraktionen erscheinen uns jedoch geeignete Ausgangspunkte für historische Studien des Wohlfahrtsstaates zu sein. Eines der Hauptergebnisse dieses Artikels ist deshalb die Formulierung eines alternativen, besser anwendbaren Begriffsapparates zur Beschreibung der wohlfahrtspolitischen Diskurse in den vergangenen 30 Jahren. Ein Begriffsapparat, der sich auf empirische Studien stützt und diese systematisiert.

Es gibt bereits Studien, die sich eines vergleichbaren Ansatzes bedienen. So greifen Norman Furniss und Timothy Tilton auf die traditionelle Unterscheidung zwischen einer konservativen (bürgerlich-liberalistischen) und einer radikalen linken Kritik am Wohlfahrtsstaat zurück.<sup>10</sup> Innerhalb der letztgenannten Kategorie führen sie jedoch noch eine etwas originellere Unterscheidung zwischen der *empiristischen Kritik*, die sich gegen eine mangelhafte Zielerfüllung richtet, und der *strukturalistischen Kritik*, die in Zweifel zieht, daß der Wohlfahrtsstaat die gesetzten Ziele überhaupt erreichen kann, durch. Diese Analyse stammt jedoch aus dem Jahre 1977 und trägt somit nicht der Entwicklung der letzten 20 Jahre Rechnung. In einem aktuellen Artikel von Bernd Henningsen und Bo Stråth wird die Veränderung angeschnitten, die sich in der Wohlfahrtsstaats-Debatte der vergangenen Jahrzehnte mit Begriffen wie „diskursiver Polarisation“ und „neuen Identitäten“ abgezeichnet hat.<sup>11</sup> Bo Stråth ist weiter in diese Richtung gegangen, zuletzt mit einer Studie der schwedischen Debatte über die ATP-Fonds.<sup>12</sup> Hier zeigt er unter anderem, wie der Gleichheitsdiskurs der Sozialdemokraten in Reaktion auf die linke Kritik in den sechziger Jahren geformt worden ist und wie die neoliberalen achtziger Jahre einen neuen diskursiven Druck auf das „sozialdemokratische“ Modell ausgeübt haben.

Damit wird das Thema berührt, das ebenfalls in unserer Analyse im Mittelpunkt steht, auch wenn es den verwendeten Begriffen immer noch an Konkretisierung und Operationalisierung fehlt. Im folgenden wollen wir für die Verwendung der Begriffe einer *immanenten*, *transzendenten* und *exterritorialen Wohlfahrtskritik* argumentieren. Außerdem werden wir verdeutlichen, warum die Begriffe ausgehend von einem spezifischen historischen Akteursbegriff verstanden werden müssen. So wird in diesem Artikel versucht, die politisch-ideologischen Diskussionen in Dänemark und Schweden aus einem sozialdemokratischen Blickwinkel zu untersuchen. Die Sozialdemokratie stellt sowohl in Dänemark als auch in Schweden die dominierende politische Bewegung der Nachkriegszeit dar. Über das Studium sozialdemokratischer Archive, Diskussionsbeiträge und Periodika (ergänzt durch die Lektüre der existierenden wissenschaftlichen Beiträge) gelangen wir zu einer neuen Systematisierung der wohlfahrtspolitischen Landschaft und können ein neues Verständnis des sozialdemokratischen Verhältnisses zum Wohlfahrtsstaat skizzieren.

## **Der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit: Einige Grundzüge**

Während sich die Wissenschaftler über die Charakteristika des nordischen Modells einigermaßen einig sind, gestaltet sich das Bild wesentlich

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

facettenreicher, sobald man auf die historischen Ursachen zu sprechen kommt. Auf diese Frage gibt es ein reichhaltiges und variiertes Repertoire an Erklärungen.<sup>13</sup> Die aktorsorientierten Erklärungen für die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in Schweden und Dänemark haben jedoch traditionell die entscheidende Rolle der Sozialdemokratie hervorgehoben. Obwohl das Bild eines eigenhändig durch die Sozialdemokratie aufgebauten Wohlfahrtsstaates in den vergangenen Jahren in einigen Punkten nuanciert worden ist<sup>14</sup>, werden die Sozialdemokratie und der Wohlfahrtsstaat im nordeuropäischen Kontext weiterhin als untrennbar miteinander verbunden dargestellt. Dieser Standpunkt soll die Grundlage unserer weiteren Überlegungen bilden.

In diesem Artikel plädieren wir für ein weit angelegtes Verständnis des Wohlfahrtsstaats-Begriffes, der die traditionellen Kernbereiche wie die Sozialpolitik und öffentliche Dienstleistungen ebenso umfaßt wie deren Bezüge zu wirtschaftlichen Wachstumsstrategien, makroökonomischen Planungen und Modernisierungsansätzen.<sup>15</sup> Der Wohlfahrtsstaat, in diesem weiteren Sinne verstanden, kann in Dänemark und Schweden bis auf die dreißiger Jahre zurückgeführt werden. Doch erst in den Jahrzehnten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges haben sich die beiden Länder dem angenähert, was von der komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung als „Nordisches Modell“ bezeichnet wird. Nach 1945 zeichnete sich zunächst Schweden durch sozialpolitische Initiativen aus und übernahm somit die Führungsrolle in Nordeuropa. Sozialreformen wurden jedoch bis in die frühen sechziger Jahren in beiden Ländern realisiert.<sup>16</sup> Unter den wesentlichsten Reformen sei für Schweden die Rentenreform von 1946, die Krankenversicherungsreform von 1955 und die Einführung einer Rentenzusatzversicherung 1957 genannt. In Dänemark kann analog auf die Einführung der *Folkepension* im Jahre 1956, auf das Krankenversicherungsgesetz von 1960 und das Fürsorgegesetz von 1961 verwiesen werden. Ferner wurden in beiden Ländern eine Reihe von bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen in die Wege geleitet und die sozialen Dienstleistungen erheblich ausgebaut. Mit diesen Reformen entstand ein nordisches Wohlfahrtsmodell, das charakterisiert ist durch die Zielsetzung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum, soziale Rechte auf denen soziale Dienstleistungen Basis einer individuellen sozialen Bürgerschaft sind, einen hohen Institutionalierungsgrad, universelle (und nicht klassenbasierte) Wohlfahrtsprogramme, Umverteilung und einen gut ausgebauten öffentlichen Sektor mit Bevorzugung (präventiver) sozialer Dienstleistungen gegenüber Transferzahlungen.

In der traditionellen Geschichtsschreibung werden die fünfziger Jahre zumeist als Wiederaufbauphase beschrieben. Parallel hierzu hat die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten zu der Ansicht geführt, daß die frühen sechziger Jahre vom politischen Konsens oder zumindest von einem hohen Grad an politischer Kompromißbereitschaft geprägt gewesen seien. Soziale Probleme und Konflikte wurden vornehmlich als technische Probleme betrachtet – was zu einer teilweisen Entideologisierung der Politik führte.<sup>17</sup> Dies läßt sich auch den Programmen der beiden sozialdemokratischen Parteien aus den Jahren 1960/61 entnehmen. Eine Reihe führender Sozialdemokraten setzten diese Sicht fort, so zum Beispiel der schwedische

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Sozialdemokrat und Staatsminister Tage Erlander in verschiedenen seiner Publikationen in den fünfziger Jahren.<sup>18</sup> Auch in Dänemark sprachen Sozialdemokraten wie Viggo Kampmann in den frühen sechziger Jahren davon, „gute Zeiten besser zu machen“. Die Veränderung wich der Bewahrung.

Es erscheint kaum kontrovers, die soziale und politische Ordnung der sechziger Jahre als Konsensgesellschaft zu charakterisieren.<sup>19</sup> Die Sozialdemokraten übernahmen hierbei wohl die tragende Rolle, obgleich der Konsens die meisten der bedeutenden politischen Akteure, Institutionen und sozialen Interessen dieser Zeit umfaßte. Der Wohlfahrtsstaat und der Wohlfahrtskonsens, die in den fünfziger und sechziger Jahren etabliert worden sind, können mit Hilfe von Begriffen wie soziale Rechte, soziale Institutionen und soziale Kompromisse charakterisiert werden.

*Soziale Rechte* beziehen sich ebenso wie politische Rechte auf das Verhältnis zwischen Individuum und Staat.<sup>20</sup> Sie eröffnen dem Bürger die Möglichkeit, Ansprüche auf öffentliche Wohlfahrtsleistungen wie Pension, Krankentagegelder, Behandlungen in einem Krankenhaus oder Hauspflege geltend zu machen. Eines der zentralen Ziele der nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten in der Nachkriegszeit – nicht zuletzt für die Sozialdemokratien – war der Ausbau und die Sicherung der sozialen Rechte, die auf diesem Wege zu impliziten Normen bei der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates wurden.

*Soziale Institutionen* können in der sozialwissenschaftlichen Bedeutung des Begriffes sowohl als Strukturen für soziale Handlungen als auch als politische Akteure verstanden werden.<sup>21</sup> Wir werden in diesem Zusammenhang nicht die jeweiligen geschichtlichen Entwicklungen der Institutionen in Dänemark und Schweden beschreiben.<sup>22</sup> Dies würde uns schon bald auf Abwege führen. Ungeachtet dessen sind Dänemark und Schweden von zahlreichen, relativ mächtigen sozialen Institutionen geprägt – mit anderen Worten: beide Wohlfahrtsstaaten verfügen über einen hohen Institutionalierungsgrad. Im Gegensatz zu den sozialen Rechten, über die in den vergangenen Jahrzehnten ausgiebig diskutiert worden ist, betonen Studien über die soziale Institutionen in aller Regel deren Stabilität und langsame Veränderungsprozesse. In der Praxis hat es sich sowohl in Schweden als auch in Dänemark als sehr schwierig erwiesen, den Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen<sup>23</sup>, ohne daß man diese Trägheit jedoch als „Ende der Geschichte“ verstehen sollte. Auf lange Sicht können Institutionen (auch die abstrakteren wie der Wohlfahrtsstaat) destabilisiert werden oder mit neuen Bedeutungsinhalten fortbestehen.<sup>24</sup>

In allen skandinavischen Staaten war man der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre mit breit angelegten *sozialen Kompromissen* begegnet.<sup>25</sup> Auf diesem Wege konnten sich die Sozialdemokraten nicht nur in Zusammenarbeit mit den liberal-agrarischen Parteien – in Schweden der Bauernverband (*Bondeförbundet*) und in Dänemark die sozialliberale *Radikale Venstre* – eine politische Machtbasis aufbauen; auch illustriert diese Zeit den Ursprung einer demokratischen und parlamentarischen Verhandlungstradition.<sup>26</sup> Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die meisten Wohlfahrtsreformen mit einer breiten politischen Unterstützung oder zumindest nach breit angelegten

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

politischen Verhandlungen zustande gekommen sind. Alle wichtigen Akteure waren somit an der bestehenden sozialen Ordnung beteiligt.<sup>27</sup> Die verschiedenen Akteure haben jedoch – und das soll hier ein ganz zentraler Punkt sein – ihre Rollen auf verschiedene Weise legitimiert. Für die Arbeitsmarktorganisationen war das Wirtschaftswachstum in der Nachkriegszeit eng verbunden mit einem „friedlichen“ Arbeitsmarkt.<sup>28</sup> Solange der Wohlfahrtsstaat auf diese Weise als Modell für Wirtschaftswachstum, Veränderung und Zusammenarbeit zwischen den Partnern auf einem autonomen Arbeitsmarkt diente, war es rational, ihn zu unterstützen.<sup>29</sup> Den Kapitalisten diente er zur Gewinnmaximierung und den Gewerkschaften zur Sicherung hoher Einkommen und angemessener Arbeitsverhältnisse. Richtet man den Blick auf die Parteien, wird dieses Schema noch deutlicher: Ausgehend von den Parteiprogrammen um 1945 kann die Nachkriegsgeschichte des Wohlfahrtsstaates gedeutet werden. Zum einen ist hier die Sozialdemokratie zu beobachten, die ihre Ziele im Laufe der Verhandlungen immer weiter anpaßte und mäßigte, und zum anderen gibt es die bürgerlichen Parteien, die mehr oder minder zögernd diese gemäßigten Ideen zu akzeptieren bereit waren.<sup>30</sup> Anschließend werteten alle Parteien das erreichte Resultat als eigenen Erfolg. Die hierbei entstehende Einigkeit stellt demnach keinen Konsens über die sozialdemokratischen Visionen dar, sondern nur eine Einigkeit über die tatsächlich erzielten wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen.<sup>31</sup>

Unsere Untersuchung über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat nimmt ihren Ausgangspunkt in den fünfziger Jahren, in denen die Sozialdemokraten sowohl in Dänemark als auch in Schweden diese soziale Ordnung und den Wohlfahrtskonsens als eigenes Projekt aufgegriffen und sich fortan zu dessen Garant erklärten, um im kommenden Jahrzehnt den Aufbau einer „sozialdemokratischen Wohlfahrtsgesellschaft“ zu proklamieren. Diese Entwicklung spiegelt sich deutlich in der politischen Debatte, in den parteiinternen Auseinandersetzungen und nicht zuletzt im eigenen Selbstverständnis der Sozialdemokraten wider. Sie barg allerdings auch ein Dilemma in sich, an dem die Sozialdemokratie schwer zu tragen hatte: Die Zukunft der Partei ruhte fortan auf dem bereits errichteten Wohlfahrtsstaat und nicht auf zukunftsgerichteten Visionen.<sup>32</sup>

Dieser Wohlfahrtsstaat wurde nach 1968 von verschiedenen Seiten herausgefordert und mit verschiedenen Krisen in Verbindung gebracht.<sup>33</sup> Wie wir bereits in der Einleitung erwähnt haben, können wir im Rahmen dieses Artikels keine chronologische Darstellung der Probleme und Herausforderungen des Wohlfahrtsstaates in dieser Zeit leisten. Zusammenfassend läßt sich jedoch sagen, daß der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn zuvor charakterisiert haben, unter anhaltenden Druck geriet: Die sozialen Rechte tendieren verstärkt dazu, diskursiv zu werden<sup>34</sup>, die sozialen Institutionen durchlaufen einen De-Institutionalisierungsprozeß und die sozialen Kompromisse befinden sich in einer schrittweisen Auflösung.<sup>35</sup> Hinzu kommt, daß die finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Wohlfahrtsstaates seit den frühen siebziger Jahren deutlich schlechter geworden sind. Insgesamt ist die Zeit nach 1968 dadurch gekennzeichnet, daß der Wohlfahrtsstaat immer stärker politisiert worden ist.

Im folgenden Abschnitt werden wir dieser Politisierung des

**NORDEUROPAforum***Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Wohlfahrtsstaates aus sozialdemokratischer Perspektive skizzieren.

Aufbauend auf diese Darstellung werden wir drei Hauptrichtungen der Kritik isolieren, durch welche die Sozialdemokraten, die selbsternannten Verwalter des Wohlfahrtsstaates, vor neue Probleme gestellt wurden.

### **Immanente Kritik**

Die sechziger Jahre sind ein Jahrzehnt, das häufig auf mythische Augenblicke wie den „Mai 1968“ reduziert oder in phantasievolle Metaphern über die linken Bewegungen und den Zeitgeist verpackt wird. Das führt dazu, daß die Sozialdemokratie bei Betrachtungen der sechziger Jahre häufig ins Hintertreffen gerät. Sie verblaßt geradezu im Vergleich zu den auführerischen Jugendlichen in ihren farbenfrohen Gewändern und wird übertönt von den donnernden Rockfestivals. Die Historiker zieht es zu den Menschenmengen in den Demonstrationenzügen oder in die marxistischen Diskussionsklubs auf den Studentenbuden. Schreibt man über die sechziger Jahre, schreibt man in aller Regel über alles andere als die Sozialdemokraten. Dies erscheint paradox, können doch gerade die sechziger Jahre sowohl aus politisch-parlamentarischer, ideologischer als auch aus kultureller Sicht als sozialdemokratisches Jahrzehnt par excellence beschrieben werden.

Seit den sechziger Jahren scheint die Kritik am Wohlfahrtsstaat und der politisch-sozialen Gesellschaftsordnung zuzunehmen – nicht nur seitens zahlreicher neuer sozialer Bewegungen, deren primäres Ziel nicht länger Sicherheit und materielle Wohlfahrt lautete. Hier sind die Frauenbewegung, die Friedensbewegung, Umweltbewegungen und eine Reihe von Einzelaktionen und loseren intellektuellen Gruppierungen zu nennen. Diese neuen politischen Gruppierungen und sozialen Bewegungen richteten ihre Geschütze auf das „Establishment“. Obwohl sich die Angriffe nicht immer direkt auf den Wohlfahrtsstaat richteten, wurde doch der Nährboden für eine Kritik daran geschaffen, wie im Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit universelle soziale Rechte institutionalisiert worden sind. Es wurden Gruppen in den Mittelpunkt gerückt, die bislang nicht über volle oder gleiche Rechte verfügten (z. B. die Frauen), oder darauf, daß trotz des Wohlfahrtsstaates immer noch Armut und soziale Ungleichheit herrschte. Diese Diskussion wurde jedoch nicht nur außerhalb der Sozialdemokratie geführt. Auch innerhalb der Partei waren diese Positionen fest verwurzelt – sowohl vor als auch nach „1968“.

Wir haben uns entschieden, diese Form der Kritik als immanente Kritik zu bezeichnen. Mit immanenter Kritik ist Kritik an der Gesellschaft nach deren eigenen Maßstäben gemeint. In diesem Fall richtet sie sich nach dem Maßstab, der für das nordische Modell charakteristisch ist: die universellen sozialen Rechte und die soziale Gleichheit. Der Begriff der immanenten Kritik läßt sich bis auf Kant zurückführen, wird in diesem Zusammenhang aber in Anlehnung an Georg Lohmanns Auseinandersetzung mit Marx<sup>36</sup> und an den schwedischen Sozialforscher Gunnar Myrdal verwendet. Letztgenannter formulierte in seiner 1944 entstandenen Studie über die amerikanische Rassenproblematik – „An American Dilemma“ – eine immanente Kritik an der amerikanischen Gesellschaft.<sup>37</sup> Myrdal stellte das amerikanische Selbstverständnis, das er als „the American Creed“ bezeichnete, einer



**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Darstellung der sozialen und kulturellen Diskriminierung der afro-amerikanischen Bevölkerung gegenüber. Auf diese Weise baute Myrdal (seiner eigenen Argumentation zufolge) eine Plattform, auf der die diskriminierten Gruppen die universellen Werte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit nutzen könnten, um die herrschende soziale Ordnung kritisch zu hinterfragen – und zugleich die Beweislast an die Verteidiger dieser ungleichen Gesellschaftsverhältnisse weiterzugeben. Generell argumentiert Myrdal, daß es eine wichtige Aufgabe der Intellektuellen sei, solche gesellschaftlichen Inkonsistenzen aufzuzeigen und dadurch die Entwicklung einer besseren und humaneren Gesellschaft zu unterstützen.<sup>38</sup> Eine solche Form der Kritik sei besonders effektiv und verschiebe die Beweislast vom Kritiker zum Kritisierten – in unserem Fall zur Administration des Wohlfahrtsstaates.

In dieser milden und relativen Form ist alles weitere eine Frage der Zeit. Der Wohlfahrtsstaat und die sozialen Reformen waren ein erster Schritt hin zur Emanzipation, doch die vollends realisierte Utopie lag noch weit in der Zukunft und war von einer Fortsetzung der Reformen abhängig. Eine andere, strengere Form der immanenten Kritik richtete sich darauf, wie das Gleichheitsziel und die universellen sozialen Rechte implementiert worden sind. Die herrschende soziale Ordnung wurde als Machtstrategie betrachtet, wobei dominierende Gruppen über die Macht verfügten, die Inhalte der sozialen Rechte zu definieren, während die anderen, schwächeren Gruppen außenvor blieben.

Diese immanente Kritik wurde sowohl in Dänemark als auch in Schweden insbesondere aus den Reihen der sozialdemokratischen Bewegung hervorgebracht. In der Sozialdemokratie herrschte eine historische Tradition für diese Art der Analyse. Der Kampf der Arbeiterbewegung um politische Rechte hatte auch häufig die Form einer immanenten Kritik angenommen. In den fünfziger und sechziger Jahren konzentrierte sich die ideologische Kritik in Organisationen wie „Sozialistische Debatte“ (*Socialistisk Debat*) und „Sozialdemokratische Gesellschaft“ (*Socialdemokratisk Samfund*).<sup>39</sup> Hier sammelten sich erfahrene Kräfte wie der damalige Direktor des Kopenhagener Sozialforschungsinstitutes (*Socialforskningsinstituttet*), Henning Friis, und einige der jungen Kräfte der Partei wie Anker Jørgensen, Knud Heinesen und Erling Olsen. Sie forderten, daß die Mittel im sozialdemokratisch bestimmten Wohlfahrtsstaat vornehmlich auf sozialdemokratische Ziele gerichtet sein sollten. Auch in Schweden sind vergleichbare Forderungen nach einem radikaleren sozialdemokratischen Kurs und Kritik an den bestehenden, Ungleichheit schaffenden Strukturen im sozialdemokratischen Jugendverband formuliert worden. In einer Anthologie von 1967 kritisierten junge intellektuelle Sozialdemokraten wie Assar Lindbeck, Kjell Olof Feldt und Villy Bergström die unvollendete sozialdemokratische Gesellschaft aus verschiedenen Perspektiven.<sup>40</sup>

Während die Sozialdemokraten im Laufe des 20. Jahrhunderts immer größere politische Macht erlangten, richtete sich die kritische Linie der Partei immer mehr auf sich selbst – nach innen. Für die Kritiker – jung wie alt – ging es um die Frage, die Sozialdemokratie zu repolitisieren, während zugleich die Verantwortung und Verantwortlichkeit der Partei für die Verwaltung der Mischökonomie zunahm. Sowohl in Dänemark als auch in Schweden knüpfte

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

sich die interne und inhärente Kritik ab Mitte der sechziger Jahre an eine anschwellende Debatte darüber, was überhaupt als sozialdemokratische Ideologie zu bezeichnen sei, und an selbstkritische Reflexionen über die Gesellschaft, die man nach seinem eigenen Selbstverständnis aufgebaut hatte.

Die kritischen Sozialdemokraten bemängelten nicht zuletzt, daß die sozialdemokratischen Regierungen die Forderung nach Umverteilung immer stärker in den Hintergrund gerückt hatten. Dies wird durch zwei der einflußreichsten Streitschriften der sechziger Jahre eindrucksvoll illustriert: 1967 wurde Gunnar und Maj-Britt Inghes Buch über „die unfertige Wohlfahrt“ in Schweden publiziert.<sup>41</sup> Sie rückten dem Wohlfahrtsstaat zuleibe und entdeckten eine Reihe marginalisierter Gruppen mit unerfüllten sozialen Bedürfnissen. Ihre erbarmungslose Schlußfolgerung lautete, daß Klassentrennung und Ungleichheit nach wie vor die schwedische Gesellschaft prägten. In Dänemark gelangte der Sozialdemokrat Bent Hansen in seinem Buch „Wohlstand ohne Wohlfahrt“ (*Velstand uden velfærd*), einer Abrechnung mit dem dänischen Wohlfahrtsidyll, zum gleichen Ergebnis.<sup>42</sup> Hansen verdeutlichte, daß die dänische Gesellschaft trotz der Jahrzehnte währenden Wohlfahrtspolitik immer noch von Ungleichheit und sozialen Unterschieden durchdrungen war.

### **Transzendierende Kritik**

Zu einer ganz zentralen Frage wurde, in welchem Maße die sozialdemokratischen Ziele (kurz gesagt: Gleichheit und demokratischer Sozialismus) überhaupt mit den Mitteln sozialdemokratischer Politik erreicht werden konnten. Führte diese Politik womöglich zu etwas ganz anderem als dem Gewünschten? In seinem 1973 erschienenen Buch „Die herrschende Klasse“ (*Den herskende klasse*) argumentierte der dänische Wirtschaftswissenschaftler und Sozialdemokrat Jørgen S. Dich, daß die Erklärung für die Expansion des öffentlichen Sektors weder im langjährigen Kampf der Sozialdemokratie um Gleichheit noch im wachsenden Interesse an den Schwachen in der Gesellschaft zu suchen sei.<sup>43</sup> Diese Entwicklung sei hingegen durch die – wie Dich sie bezeichnete – neue herrschende Klasse aus gut ausgebildeten öffentlichen Angestellten und deren Interesse an befriedigenden Arbeitsinhalten, höheren Einkommen und kürzeren Arbeitszeiten bestimmt. In Schweden findet man eine entsprechende Argumentationslinie in den Untersuchungen des Soziologen Nordal Åkerman über das „unpersönliche System“. Mit dem 1969 erschienenen Buch „Der Apparat Schweden“ (*Apparaten Sverige*) verknüpft Åkerman das Gesellschaftsbild der sechziger Jahre mit den staatlichen Interessen der siebziger Jahre und leitet hieraus eine Fortsetzung der sozialen Ungleichheit ab.<sup>44</sup> Die Möglichkeiten der Sozialdemokratie, sich dieser Kombination aus System- und Gleichheitskritik anzuschließen, war äußerst begrenzt. Dichts und Åkermans Analysen illustrieren die Spannung zwischen den Ambitionen, den Wohlfahrtsstaat zu verwirklichen, und gleichzeitig Verantwortung für die bestehende soziale Ordnung zu übernehmen.

Wenn man die Politisierung des Wohlfahrtsstaates in den sechziger und siebziger Jahren diskutiert, ist es wichtig, zwischen *immanenter* und *transzendierender Kritik* zu unterscheiden. Letztgenannte Form führt die

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

erstgenannte einen Schritt weiter, indem sie auf den Gegensatz zwischen den Normen (soziale Rechte und Gleichheit) und dem System aus Institutionen und Kompromissen, die diese verwirklichen sollen, verweist. Die Grenze zwischen immanenter und transzendierender Kritik verläuft fließend, so daß es schwer fällt, eine scharfe methodologische Unterscheidung zwischen diesen beiden Begriffen zu treffen. In seiner Auslegung der Marxschen Gesellschaftskritik beschreibt Georg Lohmann, wie Marx' Analyse in Form einer immanenten Kritik von den herrschenden Gesellschaftswerten ausgeht und schließlich in der eigentlichen Kritik mündet, indem gezeigt wird, daß die Werte nicht im Rahmen des bestehenden (kapitalistischen) Gesellschaftssystems eingelöst werden können.<sup>45</sup>

Was als immanente Kritik seinen Anfang nimmt, kann demnach als transzendierende Kritik enden. Viele einflußreiche Sozialdemokraten, die noch in den sechziger Jahren für die offensivere und umfassendere Wohlfahrtspolitik der Sozialdemokratie eintraten, argumentierten später analog zu Åkerman, daß ein Erreichen der sozialen Gleichheit eine grundlegende Transformation der kapitalistischen Mischökonomie voraussetze. In seinem 1968 erschienenen Buch „Die hierarchische Wohlfahrt“ (*Den hierarkiska välfärden*) behauptete der Wirtschaftswissenschaftler Bo Södersten, daß die Triebkräfte des Wirtschaftssystems „im direkten Widerspruch zu den Werten der Gleichheit, des Mitbestimmungsrechtes und der sozialen Sicherheit“ stünden.<sup>46</sup> In gleicher Weise klagte Olle Svenning, Redakteur von *Tiden*, dem fachtheoretischen Organ der schwedischen Sozialdemokraten, in einem Artikel von 1969<sup>47</sup> die sozialdemokratische Regierung an, die Zielkonflikte zwischen der Gleichheitsideologie und der kapitalistischen Mischökonomie wissentlich zu verdecken. In Dänemark sprach der alte sozialdemokratische Rebell Holger Eriksen vom mangelnden sozialistischen Profil der Partei.<sup>48</sup> Und ein Sprecher von *Socialdemokratisk Samfund*, Hans Jørn Christensen, beklagte, daß die Sozialdemokratie zu einer „verbürgerlichten Partei geworden ist, die weitläufig die Sprache des Kapitalismus spreche und dessen Interessen dient.“<sup>49</sup>

Auf der anderen Seite gab es eine große Zahl älterer Sozialdemokraten, die dem radikalen Reformgeist, der die ideologischen Diskussionen innerhalb der Partei prägte, skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstanden. Bent Hansen beschrieb 1973 in der Fachzeitschrift *Ny Politik*, wie ihm als junger Sozialdemokrat vom damaligen Staatsminister H. C. Hansen das prinzipielle Ziel der dänischen Sozialdemokratie dahingehend definiert wurde, daß es darum gehe, „das Bestehende zu bewahren.“<sup>50</sup> Erhard Jakobsen versuchte zunächst, der Radikalisierung der Partei entgegenzuwirken, indem er eine Gegenbewegung, das „Sozialdemokratische Zentrum“ (*Socialdemokratisk Centrum*), gründete. Da es dieser Bewegung allerdings nicht gelang, die Sozialdemokratie zu einem Einlenken zu bewegen, entschied sich Jakobsen 1973, eine eigene Partei zu gründen.<sup>51</sup>

Der schwedische Finanzminister Gunnar Sträng vermeldete bei der Präsentation des Staatshaushaltes für das Jahr 1969, daß „wir die grundlegenden Reformen der schwedischen Gesellschaft hinter uns haben“ und daß es nunmehr nur noch gelte, „gewisse Minderheitenprobleme in

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Ordnung zu bringen.“ Strängs Bemerkungen wurden von Tidens Redaktion kritisiert.<sup>52</sup> Diese meinte, daß der Finanzminister „den Kontakt zu wichtigen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung“ verloren habe.

Ein und derselbe Akteur kann also sowohl immanente als auch transzendierende Kritik hervorbringen. Äußert man sich in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat, bedeutet dies zugleich, daß man die eigenen Argumente in Hinblick auf die Identität und Geschichte der Partei sowie ihre Position innerhalb der Gesellschaft aussiebt. Die Sozialdemokratie der sechziger und siebziger Jahre kann in diesem Zusammenhang als Filter beschrieben werden, der die Kritik aussiebt, die über die festgesetzten Grenzen hinausreichte. Die Plastizität der Sozialdemokratie war demnach begrenzt, und in dem Zeitraum, der in diesem Artikel diskutiert wird, hinterließ die Partei in ihrer politischen Wanderung eine Reihe radikaler Dissidenten. Es muß jedoch beachtet werden, daß ebensowenig wie die Sozialdemokratie in der Lage gewesen ist, eine beliebige Form anzunehmen, sie ebensowenig in einer vorweg gegebenen Definition festgehalten werden kann.

In anderen Fällen verlief die Grenze zwischen immanenter und transzendierender Kritik augenscheinlich im Sande, so zum Beispiel wenn Gruppierungen innerhalb der Neuen Linken zugleich Angriffe gegen den Wohlfahrtsstaat und gegen die Sozialdemokratie, die ihn verteidigte, formulierte.<sup>53</sup> Die sogenannten Jugendunruhen der sechziger und siebziger Jahren und der Zuwachs an verschiedensten marxistischen Gruppierungen in der äußersten Linken kann im Großen und Ganzen unter dem Begriff der transzendierenden Kritik zusammengefaßt werden, auch wenn diese in der Praxis sehr unterschiedliche Formen annehmen konnte. Neben einer zunehmend kritischen Einstellung der Sozialforschung (insbesondere der Soziologie) kam es zur Gründung neuer politischer Organisationen, die jedoch nur in Dänemark bis in das Parlament vordringen konnten, sowie zu einer starken kulturellen Kritik an der „sozialdemokratischen Wohlfahrtsgesellschaft“. In den frühen sechziger Jahren konnten Sozialdemokraten wie Bent Hansen und Robert Pedersen noch eine Anthologie mit dem Titel „Jung im Land der guten Zeiten“ (*Ung i de gode Tidens Land*, 1961)<sup>54</sup> oder der schwedische Sozialwissenschaftler Åke Elmér ein Buch mit dem Titel „Vom Armuts-Schweden zum Wohlfahrtsstaat“ (*Från fattigsverige till välfärdsstaten*, 1963)<sup>55</sup> veröffentlichen. In den siebziger Jahren war so etwas bereits problematischer. Der dänische Schriftsteller Anders Bodelsen veröffentlichte zwar noch im Jahre 1977 ein Buch mit dem Titel „Gute Zeiten“ (*Gode tider*), ansonsten war die Literatur aber in zunehmendem Maße durch den kritischen Sozialrealismus dominiert. In der Bühnenkunst war das experimentelle gesellschaftskritische Theater Ausdruck dieser Strömung; und in der Wissenschaft wurden nun mit Schlagworten wie „die paradoxe Wohlfahrt“ (*den paradoksale velfærd*) oder „Abfallmenschen“ (*affaldsmennesker*) neue Töne angeschlagen. Bemerkenswert erscheint, daß diese oft radikale Gesellschaftskritik an öffentlich finanzierten Wissenschafts- und Kulturinstitutionen bzw. mit Hilfe direkter staatlicher Subventionen zustande kam.

Die immanente Kritik eröffnet jedoch die Möglichkeit, die Radikalisierung der Jugend als angestauten Reformwillen zu erklären. Auf diesem Wege konnte die Partei einen Teil ihrer radikalen Identität, die sie durch die Gründung der

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten**[zur Startseite](#)

Zentrums-Demokraten verloren hatte, wiederherstellen. Der dänische Sozialdemokrat Kjeld Olesen meinte in diesem Sinne, daß ein jeder Sozialdemokrat über die Jugendunruhen und ihre Abrechnung mit der „in Stillstand geratenen Gesellschaft“ jubeln solle.<sup>56</sup> Die Jugend und andere radikale Kräfte seien davon zu überzeugen, daß ein jeder, der sich für den Sozialismus einsetzen wolle, dies innerhalb der Sozialdemokratie tun müsse. Die dänischen Sozialdemokraten luden im November 1968 vierzig jugendliche Anführer zu einer „informellen Konferenz“ ein. Diese erwies sich allerdings nicht unbedingt als Erfolg: Die eine Hälfte sagte ihre Teilnahme ab und hielt ein eigenes, alternatives Treffen ab, die anderen Anwesenden brachten derweil heftige Kritik gegen die sozialdemokratische Parteiführung vor.<sup>57</sup> In Schweden wurden die dänischen Parteiengründungen links der Sozialdemokratie als abschreckendes Beispiel dafür dargestellt, was drohe, wenn man nicht in der Lage sei, das Engagement der Jugend in sozialdemokratische Bahnen zu lenken.<sup>58</sup> Es muß derweil unterstrichen werden, daß die Gleichheitsorientierung der sechziger und siebziger Jahre mehr darauf ausgerichtet war, die transzendierende Kritik unter Kontrolle zu bringen anstatt sich ihr anzunähern.

### **Im Land von morgen: Die Sozialdemokratie und die immanente Kritik**

Gleichheit war und ist eines der zentralen politischen Ziele der nordeuropäischen Sozialdemokratie. Die Forderungen umfassen gleiche politische Rechte und demokratischen Einfluß ebenso wie die Umverteilung von Einkommen durch den Staat. In der Nachkriegszeit war aber die Verteilungspolitik sowohl in Dänemark als auch in Schweden der sozialdemokratischen Wachstumspolitik untergeordnet. Diese war in Hinblick auf die übrigen gesellschaftlichen Interessengruppen weniger konfliktorientiert. Die Umverteilung, verwirklicht über die sozialen Sicherungsmaßnahmen, wurde über das Wirtschaftswachstum finanziert. Zugleich versuchte man, soziale Gleichheit zu verwirklichen, indem präventiv gegen soziale Probleme vorgegangen wurde. Diese politische Strategie wurde zeitgleich entwickelt mit der Veränderung der sozialdemokratischen Rolle vom Gesellschaftsveränderer zum Gesellschaftsbewahrer.

Diese Entwicklung ging jedoch nicht ohne kritische Stimmen vonstatten. Wir haben oben beschrieben, wie Kritiker in den eigenen Reihen der Partei ihren Blick auf die „unfertige Wohlfahrt“ richteten. Die Kluft zwischen der Ideologie, in welcher die Sozialdemokraten den Wohlfahrtsstaat verankerten, und dem real institutionalisierten Wohlfahrtsstaat schuf dafür guten Nährboden. Diese Kritik drehte sich in ihrer Ausrichtung und Wesensart in Dänemark wesentlich stärker als in Schweden um die mißglückten und unvollendeten Reformprojekte – zum Beispiel in der Wohnungspolitik. Hier spiegelt sich die unterschiedliche Geschichte der Sozialdemokratien und der Wohlfahrtssysteme in den beiden Ländern wider.

In der sozialdemokratischen Debatte läßt sich verfolgen, wie ab Ende der sechziger Jahre – zunächst in Schweden, wenig später auch in Dänemark – die kritische Linie innerhalb der Partei an Oberhand gewinnt. Dies hängt teilweise, aber nicht ausschließlich damit zusammen, daß eine neue Generation von Politikern die Macht innerhalb der Partei übernahm. Die

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,  
Wirtschaft und Kultur  
ISSN 1863639X  
2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)  
Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Parteien bezogen nun Stellung zur Kritik am Wohlfahrtsstaat, wie sie inner- und außerhalb der Partei geäußert wurde. In der sozialdemokratischen Wohlfahrtsdebatte findet man Themen wie die immer noch existente Armut, die Ungleichheiten in der Gesellschaft, die Gleichberechtigung der Frauen, die Konsequenzen der Wachstumspolitik, Forderungen nach mehr Demokratie und eine gemäßigte Kritik an der Bürokratie wieder. Inhaltlich gestaltet sich die Debatte in Dänemark und Schweden natürlich im Kontext der jeweiligen konkreten historischen Ereignisse. Beiden Ländern ist jedoch gemein, daß die Sozialdemokraten versuchten, die Probleme auf die Gleichheitsfrage zu reduzieren. Die Ursachen für die politischen Probleme der Sozialdemokratie – zum Beispiel in Form mangelhafter Resonanz bei der Jugend oder die schlechten Wahlergebnisse in Schweden 1966 und in Dänemark 1973 – wurden grundsätzlich mit aufgelistetem Reformwillen erklärt. Auf diesem Wege wurde es unmöglich, daß die Partei ein gesellschaftskritisches Profil zurückerlangte.

Auf dem Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten im Jahre 1969 stellte sich die Partei programmatisch hinter die Gleichheitsoffensive. In ihrer Parteitagrede plädierte Alva Myrdal für eine allumfassende Sicht auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Individuum. Gleichheit war eine Peilmarke, an der sich drei Arbeitsschritte orientieren sollten. Der erste Schritt war darauf abgestellt, die Mängel in der bestehenden Gesellschaftsordnung zu erfassen. Der zweite bestand darin, Lösungen für diese Mängel zu skizzieren, und der dritte und letzte Schritt sollte darin bestehen, Prioritäten zwischen den einzelnen Zielen aufzustellen.<sup>59</sup> Alva Myrdals Rede wurde im durchaus ambitionierten Programm „Gleichheit“ (*Jämlikhet*) aufgegriffen. In diesem Programm wurde das gesamte politische Feld ausgehend vom radikalisierten Gleichheitsbegriff analysiert. Unter anderem wird hier der Weg für die in den siebziger Jahren vorgenommenen Offensiven in Fragen des Arbeitsrechtes und der Gleichberechtigung gebahnt. Die in der Mitte der sechziger Jahre unternommene Untersuchung über die Niedrigeinkommen offenbarte bezüglich der Geschlechter und der sozialen Klassenzugehörigkeit erhebliche Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung. Diese Ungleichheit sollte, so meinte man, als Handlungsaufforderung verstanden werden und nicht als Versuch, die bereits durchgeführten Reformen herabzuwürdigen. Die Sozialdemokraten wollten sich nicht in die Position bugsieren, das bereits Erreichte permanent verteidigen zu müssen.

Im Vergleich zum schwedischen Fall reagierte die dänische Sozialdemokratie weniger radikal und auch erst zu einem späteren Zeitpunkt. Dies hat einerseits mit dem wirtschaftlichen Niedergang in den frühen siebziger Jahren, andererseits aber auch mit dem Einfluß der rechts-populistischen Fortschrittspartei (*Fremskridtspartiet*) auf die politische Landschaft zu tun. Zunächst hat man Ende der sechziger Jahre in der Partei von der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft gesprochen. Hierbei bediente man sich des gemäßigten Begriffes des „Ausgleiches“. Angespornt wurde die Partei jedoch durch das oben genannte Buch von Bent Hansen und dem „Niedrigeinkommens-Ausschuß“ der Arbeitergewerkschaft SiD. Letztgenannter war es, der die Gleichheitsdiskussion in einer zentralen Position innerhalb der Partei verankerte. Die sozialdemokratische Folketingsfraktion richtete im Sommer

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

1971 eine Gleichheitskommission ein. Diese legte 1972 einen Bericht über die Ökonomische Demokratie und 1973 eine Untersuchung über die Ungleichheiten in der dänischen Gesellschaft vor.<sup>60</sup> Im Vorwort der Untersuchung wird auf die Inspiration durch die schwedischen Verhältnisse hingewiesen. Anschließend erfolgt eine umfassende Aufstellung ungleicher Verhältnisse: von wirtschaftlicher und materieller Ungleichheit über Kriminalität und Ausbildung bis zur Ungleichheit zwischen älteren Mitbürgern sowie zwischen den Generationen. Im radikalen Parteiprogramm von 1977 schlug diese Gleichheitsoffensive durch.<sup>61</sup>

### **Exterritoriale Kritik**

Die ideologische Debatte und Radikalisierung der Sozialdemokratie kam konkret in einer Reihe von sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen der siebziger Jahre zum Ausdruck.<sup>62</sup> Dabei handelte es sich um eine erhebliche Expansion des öffentlichen Sektors, die mit einem verstärkten Auftritt verheirateter Frauen auf dem Arbeitsmarkt zusammenfiel. Für die kritischen Stimmen inner- wie außerhalb der Partei entsprachen die Reformen jedoch nicht den ambitionierten Vorstellungen einer „gleichen Gesellschaft“. Der schwedische Soziologe Sten Johansson, der sich auf Untersuchungen der unteren Einkommensgruppen spezialisiert hatte, stellte bereits 1970 die Frage, warum die Sozialdemokratie an der kapitalistischen Mischökonomie festhalte, obwohl die Gewißheit bestehe, daß diese nicht zu mehr Gleichheit führe. „Nichts“, so meinte Sten Johansson, „ist so gefährlich für die Verwirklichung der Wohlfahrtsgesellschaft wie der Mythos, daß wir in einer Wohlfahrtsgesellschaft leben.“<sup>63</sup>

Der Erklärungsbedarf war also vorherrschend. Sowohl in Dänemark als auch in Schweden fällt dieser Bedarf in den frühen siebziger Jahren mit einer Reihe von Ereignissen zusammen, die nicht in das Selbstverständnis und die Strategien der Partei paßten. In Kiruna, der traditionellen Hochburg der Linken in Schweden, protestierten Bergbauarbeiter gegen die unmenschlichen Arbeitsverhältnisse und die Folgen der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, die sogenannte „Rehn-Meidnersche Strukturrationalisierungspolitik“. Wilde Streiks richteten sich gegen den staatlichen Minenbetreiber LKAB. Zunächst reagierte die sozialdemokratische Regierung mit Bestürzung. Gegenüber der Presse bezeichnete Finanzminister Gunnar Sträng die streikenden Minenarbeiter als Querulanten und kommunistische Infiltratoren. Doch die öffentliche Meinung stand mehrheitlich auf Seiten der Minenarbeiter. Nicht zuletzt Sara Lidmans Dokumentarbuch „Grube“ (*Gruva*, 1968)<sup>64</sup> trug mit seinen suggestiven Bildern gekrümmter Rücken und ausdrucksloser Gesichter dazu bei, die Verantwortung für die Situation der Minenarbeiter im Unwillen der Sozialdemokraten, die Ökonomische Demokratie und die soziale Gleichheit endlich in Angriff zu nehmen, zu verankern.

In der parteipolitischen Arena gelang es dem alten Koalitionspartner, dem Bauernverband (*Bondeförbundet*), der sich 1957 in Zentrumsparterie (*Centerpartiet*) umbenannt hatte, breite Wählerscharen an sich zu binden, indem er die entvölkerten (und wegrationalisierten) Dorfidyllen der sterilen und lebensfeindlichen Atmosphäre der Vorstädte gegenüberstellte. Torbjörn Fällidin, Vorsitzender der Zentrumsparterie verstand es wie kein anderer, in

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

seinen Reden die traditionelle Agrargesellschaft zu beschwören, die von der sozialen Ordnung der Nachkriegszeit verdrängt zu werden drohte.<sup>65</sup> Ende der sechziger Jahre versuchte der schwedische Arbeitgeberverband SAF, den Kampf gegen den vermeintlichen Linksruck in der schwedischen Öffentlichkeit aufzunehmen. Dies markierte den Auftakt zu einem bewußten Versuch der Arbeitgeberseite, das – mit den Worten des Schriftstellers und Philosophen Lars Gustafsson – „Problemformulierungsprivileg“ an sich zu reißen.<sup>66</sup> Eine gänzlich neue institutionelle Vielfalt an Zeitschriften, Verlagen und Ausbildungsprogrammen wurde aus unterschiedlichen privatwirtschaftlichen Fonds finanziert und aufgebaut. Vergessene Klassiker wie Adam Smith und Friedrich Hayek wurden in das Schwedische übersetzt und den einheimischen Leserinnen und Lesern nähergebracht.<sup>67</sup>

Auch in Dänemark häuften sich die wilden Streiks. Zugleich rückten mit der sogenannten „Erdrutschwahl“ im Dezember 1973 eine Reihe neuer Parteien in das Parlament ein und brachten dort ihre Kritik an der modernen Wohlfahrtsgesellschaft zum Ausdruck.<sup>68</sup> Die Christliche Volkspartei (*Kristeligt Folkeparti*) ging mit einer christlich-ethischen Kritik an der modernen Gesellschaft, die in engen Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat gesehen wurde, in die Wahl. Erhard Jacobsen verließ, wie erwähnt, 1973 aus Protest gegen den Linksruck der Sozialdemokraten die Partei und gründete seine eigene Partei – die Zentrums-Demokraten. Die radikalsten Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat – und damit auch auf die Sozialdemokratie – kamen jedoch von Mogens Glistrup. Dessen Fortschrittspartei stand in direkter Opposition zum Wohlfahrtsstaat und profilierte sich politisch mit Äußerungen gegen die Einkommensteuer, die „Papiertiger“ (*papirusserne*) in der öffentlichen Verwaltung und die „Sozialschmarotzer“ (*socialnasserne*). Hinzu kam, daß der Wahlerfolg der Fortschrittspartei die bürgerlichen Parteien dazu veranlaßte, sich auch verstärkt gegen den institutionalisierten Wohlfahrtsstaat zu richten. Analog zur schwedischen Zentrumsparterie begann die agrarisch-liberale *Venstre*, das Zusammenleben in der „kleinen Gesellschaft“ zu romantisieren und der allumfassenden und anonymen Bürokratie des Wohlfahrtsstaates gegenüberzustellen. Zudem bewirkte die Verschärfung der Wirtschaftskrise, daß sich die dänischen Sozialdemokraten bereits zu einem recht frühen Zeitpunkt den bürgerlichen Forderungen nach umfassenden Einsparungen öffentlicher Mittel stellen mußten. In einer langen Reihe an Streitschriften des *Venstre*-Verlags „Liberal“ (*Liberal*) versuchten junge Shooting-Stars aus der Partei, hierunter Peter Brixtofte, dem „krisengeschüttelten sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat“ eine „liberalistische Alternative“ gegenüberzustellen. Und der neuernannte konservative Parteivorsitzende Poul Schlüter sprach auf dem Landesparteitag von 1973 davon, daß das soziale Sicherungsnetz zu eng geworden sei.<sup>69</sup>

Die sozialdemokratische Verteidigung des Wohlfahrtsstaates vollzog sich in den siebziger Jahren sozusagen parallel zur Radikalisierung der Gleichheitsforderung. Dies war möglich, weil die Radikalisierung gerade auf einen stabilen Wohlfahrtsstaat baute. Dennoch waren die sozialdemokratischen Parteien beider Länder nicht darauf vorbereitet, was folgen sollte. Als sich Ende der siebziger Jahre mit Thatcher und Reagan ein internationaler Rechtsruck abzeichnete, wurde dies von den nordeuropäischen Sozialdemokratien nur aus der Distanz wahrgenommen.<sup>70</sup>



**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Sowohl in Schweden als auch in Dänemark wurde diese fragmentierte Problemwelt in Gestalt zunehmender Kritik von links und rechts mit einem zunehmenden Interesse an Ökonomischer Demokratie beantwortet. Der Einsatz der Sozialdemokratien für mehr Gleichheit erstreckte sich über mehrere Dimensionen – zum Beispiel zwischen Frau und Mann oder zwischen reichen und armen Ländern. Der Kampf für mehr Gleichheit verfügte, wie bereits angedeutet, aber auch über eine wesentliche Machtdimension. Nur mit einem radikalen Eingriff in die Mischökonomie konnte Gleichheit verwirklicht werden. Deshalb fiel auch der Diskussion über Ökonomische Demokratie eine wichtige Rolle zu.

Die Gewerkschaftsführung und vereinzelte Parteiintellektuelle hatten bereits seit den frühen fünfziger Jahren über Modelle der Ökonomischen Demokratie diskutiert.<sup>71</sup> Dies geschah häufig in Zusammenhang mit Diskussionen über mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Betrieben. Doch weder die schwedische noch die dänische Sozialdemokratie hatte dieser Frage größeren Enthusiasmus entgegengebracht. Nun jedoch wurde die Forderung nach Ökonomischer Demokratie an das übergeordnete Gleichheitsprojekt und die offensive Wohlfahrtspolitik geknüpft. Die Ökonomische Demokratie wurde für die Sozialdemokraten zu einer Möglichkeit, ein komplexes und facettenreiches Problembild zu einer kontrollierbaren Reformforderung zu reduzieren.<sup>72</sup> Die Forderung nach Ökonomischer Demokratie sollte die verschiedenen ideologischen Interessen innerhalb der Sozialdemokratie auf einen Schlag zufriedenstellen. Für den linken Parteiflügel bedeutete die Ökonomische Demokratie einen entscheidenden Reformschritt auf dem Weg zur Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus. Für die Gewerkschaften bedeutete dieser Schritt die Realisierung der industriellen Demokratie und damit einen Bruch mit dem traditionellen Zusammenhang zwischen Eigentumsrecht und Weisungsrecht. Für Sozialdemokraten mit Hang zur „neuen Linken“ war von einer entscheidenden Demokratisierung der Gesellschaft die Rede. Für den gemäßigeren und pragmatischer orientierten Teil der Sozialdemokratien drehte es sich um eine Strategie zur Reetablierung eines sozialdemokratischen Wachstumsmodells mittels einer besseren Kontrolle von Kapitalbewegungen und einem neuen Sozialvertrag – ein Versuch, eine neue Brücke im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu schlagen. Und für die Gesamtpartei ging es darum, ein neues politisches Projekt zu formulieren, das in der Lage wäre, Mehrheiten zu mobilisieren.<sup>73</sup>

Bereits von Beginn an war die Ökonomische Demokratie – dies gilt für Dänemark wie für Schweden – ein Reformprojekt, das mit mehr Stimmen als nur jener der Forderung nach Gleichheit sprach. Für einige Fürsprecher ging es darum, Kräfte für das politische Reformprojekt der siebziger und achtziger Jahre zu mobilisieren und den Schritt in eine neue Welt zu wagen. Für andere ging es hingegen eher darum, die wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen. Und einige traten für beide Absichten zugleich ein. In beiden Ländern kam die Forderung nach Ökonomischer Demokratie aus den Reihen der Gewerkschaften. Die Parteien betrachteten das Thema hingegen schon bald als politische Bürde. In Dänemark verfochten die Sozialdemokraten 1973 einen konkreten und sehr weitreichenden Vorschlag für die Verwirklichung Ökonomischer Demokratie. Vom linken Parteiflügel wurde dieser Entwurf als Beispiel für eine traditionelle sozialdemokratische

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Machtpolitik verworfen, während sich die Rechte über den vermeintlichen „Fondssozialismus“ echauffierte. Nachdem enttäuschenden Scheitern des Entwurfes im Folketing kann man verfolgen, wie die Ökonomische Demokratie in Teilen der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften als „Vision“ fortlebte – eine Vision, die jedoch längst von der politischen Wirklichkeit abgekoppelt war. Diese Entwicklung ist besonders deutlich in Schweden zu beobachten, wo Rudolf Meidners Vorschlag sogenannter „Arbeitnehmerfonds“, die einen radikalen Eingriff in das private Eigentumsrecht mit sich führen sollten, auf dem Kongreß des Gewerkschaftsverbandes LO im Jahre 1976 angenommen wurde. Die Arbeitnehmerfonds zogen eine lebhafte Diskussion nach sich, die sich mit unverminderter Kraft durch die gesamte zweite Hälfte der siebziger Jahre zog. Und diese Diskussion bildete den Kern für die rhetorische Loslösung des Kapitals und der politischen Rechten von der Konsensgesellschaft der Nachkriegszeit.<sup>74</sup>

Die Herausforderungen, denen sich der Wohlfahrtsstaat in den siebziger und achtziger Jahren gegenüber sah, werden häufig unter dem Begriff des aggressiven Markt Denkens zusammengefaßt. Diese Analyse ist sowohl in akteurs- als auch strukturorientierten Studien zu finden. Die Linke redet in der Regel von einer politischen Mobilisierung der rechtsgerichteten Kräfte gegen die Raumgewinne der Arbeiterbewegung. Liberale und bürgerliche Quellen schildern hingegen die Rolle des Neoliberalismus im Zusammenhang mit der Krise des Wohlfahrtsstaates, wobei in der Regel auf die internationalen Wirtschaftszusammenhänge und die sozioökonomischen Strukturen verwiesen wird.<sup>75</sup> Diese Perspektiven erscheinen sowohl in ihrer wissenschaftlichen als auch in ihrer politischen Form problematisch, teils weil sie voraussetzen, daß es sich beim Wohlfahrtsstaat um ein ausschließlich sozialdemokratisches Projekt handelt, und teils weil sie den Marktakteuren und der politischen Rechten eine zu zentrale Rolle zuweisen. Auf diese Weise wird die wohlfahrtspolitische Wanderung der Sozialdemokratie nach 1968 unbegreiflich. Wenn man die Radikalisierung der Sozialdemokratie um 1970 rationalisiert<sup>76</sup>, ist man gezwungen, die Rolle der Partei in den achtziger Jahren auf die eines passiven Boxballes zu reduzieren. Wenn man andererseits die Parteipolitik in den achtziger und neunziger Jahren zu einer natürlichen Anpassung rationalisiert<sup>77</sup>, erscheint die Radikalisierung in den siebziger Jahren als hoffnungslose und zweifelhafte Strategie. Deshalb versuchen wir an dieser Stelle, die Mehrdeutigkeit in der Herausforderung des Wohlfahrtsstaates, gegenüber der sich die Sozialdemokraten zu verhalten hatten, zu schildern und zugleich die Komplexität der sozialdemokratischen Wohlfahrtspolitik anzudeuten.

Die Radikalisierung der Sozialdemokratie erhöhte ohne Zweifel die auf den anderen Akteuren ruhende Last, die mit dem wohlfahrtspolitischen Konsens verbunden war. In den siebziger Jahren wird die Sozialdemokratie sukzessive mit dem Wohlfahrtsstaat verknüpft – dies jedoch nicht so sehr aufgrund der historischen Verantwortung für die Entstehung und Gestaltung des Wohlfahrtsstaates, sondern vielmehr durch das Auftauchen neuer Akteure und dem Abwenden alter Akteure vom sozialen Kompromiß. In beiden Fällen führte dies dazu, daß die Sozialdemokratie programmatisch mit den Mängeln des Wohlfahrtsstaates identifiziert wurde. Diese Entwicklung, die man als *Sozialdemokratisierung des Wohlfahrtsstaates*

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

bezeichnen kann, schuf eine Situation, in der sich die Sozialdemokraten gezwungen sahen, ein destabilisiertes Wohlfahrtsmodell zu verteidigen, für das sie eigentlich nicht die alleinige Verantwortung trugen und dessen Finanzierung sie nicht aus eigener Kraft garantieren konnten.

Um die Nuancen einzufangen, haben wir uns entschieden, die Kritik, die sich in diesem Zusammenhang gegen die Wohlfahrtsstaat richtet, mit dem Begriff der *exterritorialen Kritik* zu umschreiben.<sup>78</sup> Während die interne sozialdemokratische Kritik neue Wählergruppen um ein Reformprojekt sammelte und somit für die Partei produktiv war, traf die exterritoriale Kritik einen blinden Punkt im sozialdemokratischen Gesellschaftsdenken. Im Gegensatz zur transzendierenden Kritik, wie sie oben konkretisiert worden ist, richtet sich die werte-externe Kritik nach einem anderen normativen Maßstab als jenen, der im Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit institutionalisiert worden war. Sie unterminiert somit die Legitimität des traditionellen theoretischen und ideologischen Repertoires, dessen man sich im existierenden Wohlfahrtsstaat bedient hatte, und kann im Gegensatz zur transzendierenden Kritik nicht als utopisch oder überflüssig zurückgewiesen werden. Damit begrenzt sie die Möglichkeiten für politische Nachgiebigkeiten oder Kompromisse, während das Potential für politische Konflikte erhöht wird. Wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingen sollte, der exterritorialen Kritik (die in ihrer radikalen Form die Existenz des Wohlfahrtsstaates nicht einmal voraussetzt) eine fortschreitende Initiative entgegenzusetzen, droht sie erbarmungslos in die Defensive gedrängt zu werden.

Das Ausbrechen traditioneller Akteure aus dem Wohlfahrtskonsens fällt zeitlich mit einer gesteigerten politischen Aktivität außerhalb dieser politischen Ordnung zusammen. Die Debatte über den Wohlfahrtsstaat erstreckt sich nach 1968 über ein breites Spektrum an politischen Standpunkten, die nicht allein unter dem Begriff des „Rechtsrucks“ oder der „Neuen Rechten“ erfaßt werden können. Hier handelt es sich um einen vielfältigen und facettenreichen Diskurs, in dessen Zusammenhang man von dem Entstehen einer neuen politischen Situation sprechen kann. Der Wohlfahrtsstaat ist nicht mehr nur Ziel oder Resultat, sondern auch die Voraussetzung für das Handeln der politischen und sozialen Akteure. Eine neue Situation also – nicht nur für die Akteure, Strukturen und Institutionen, die hinter der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates standen, sondern auch für die Ideen, Werte und die Geschichtsschreibung, die zur Legitimierung des Wohlfahrtsstaates beigetragen haben.

Nur einige wenige Beispiele seien an dieser Stelle genannt. Zum Ersten: die neoliberale Kritik, die in ihrer radikalen Form versuchte, vom Wohlfahrtsstaat (und dem sozialen Kompromiß) Abstand zu nehmen und für einen Minimalstaat zu plädieren. Der Wohlfahrtsstaat, so hieß es, sei mit persönlicher Freiheit und Wohlstand unvereinbar. Diese Argumentation spielte allerdings in den nordischen Ländern nur eine untergeordnete Rolle und war folglich auch nur von begrenzter Durchschlagskraft. In ihrer gemäßigten und weitaus einflußreicheren Färbung ist diese Kritik jedoch in Argumenten für größere individuelle Freiheit und bezüglich der Voraussetzungen für mehr Wirtschaftswachstum (Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit usw.) wiederzufinden. Zum Zweiten: demokratische Kritik, wie sie zum Beispiel in Form von Forderungen nach einer

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,  
Wirtschaft und Kultur  
ISSN 1863639X  
2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)  
Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten**

[zur Startseite](#)

Demokratisierung des Wohlfahrtsstaates nach den gleichen Funktionsweisen, mit denen der Wohlfahrtsstaat den Markt demokratisiert hatte, zum Ausdruck kam. Zum Dritten: ethische und moralische Kritik, häufig mit Verweis auf die „Zivilgesellschaft“ und einer pragmatischen Einstellung zum „freien Markt“. Und zum Vierten: verschiedene Formen der sogenannten Identitätspolitik mit ihren Forderungen nach mehr individueller Eigenheit (in Opposition zum Universalismus).

Diese verschiedenen Formen der exterritorialen Kritik wurden in der akademischen Debatte häufig zu abstrakten und gesellschaftsphilosophischen Kontroversen (zum Beispiel über die Krise der Demokratie oder über das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit) zusammengeschmolzen. In unserem Zusammenhang sind die Debatten jedoch nicht von unmittelbarem Interesse, sofern diese nicht Einfluß auf die Handlungen und Einstellungen verschiedener Akteure in der allgemeineren öffentlichen Debatte über den Wohlfahrtsstaat ausgeübt haben.<sup>79</sup>

### **Sozialdemokratie im Spiegelkabinett**

Wie reagiert die Sozialdemokratie in dieser Situation? In den achtziger und neunziger Jahren lassen sich zwei Hauptstrategien erkennen: Externalisierung und Restabilisierung. Beide Varianten verfügen über ihre jeweiligen Spannungen und Probleme, während zugleich die alten Strategien aus den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren in Gestalt einer historischen Identität fortbestehen. Es gilt, die empfindliche Balance zu finden, eine natürliche Anpassung an eine veränderte Gesellschaft zu vollziehen, ohne zugleich das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Die vorsichtige Antwort auf das, was wir oben als exterritoriale Kritik bezeichnet haben, besteht in einem Gestaltswandel – oder wie es in der psychologischen Literatur bezeichnet wird: darin, sich im Verhältnis zum Problem, dem Wohlfahrtsstaat, zu externalisieren. Diese Strategie ist sowohl inner- als auch außerhalb der Sozialdemokratien in Schweden und Dänemark, in den vergangenen Jahren mit zunehmender Tendenz, zu beobachten. Gleiches gilt für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den europäischen Sozialdemokratien, in denen die anpassungsfähigen „Catch-all-leader-focused“-Parteien in Südeuropa und Großbritannien als Vorbilder dienen. Augenfällig ist, wie die sozialdemokratischen Parteispitzen in Schweden und Dänemark versuchen, an „Erfolgsgeschichten“ wie die von Tony Blair, Bill Clinton und jüngst auch Gerhard Schröder anzuknüpfen.<sup>80</sup> Der leichteste Ausweg ist natürlich, ein „Neu“ vor den Parteinamen zu setzen oder aber sich um eine Neuinterpretation des eigenen historischen Erbes zu bemühen. Ende der siebziger Jahre versuchten beide Parteien, sich (auch) als Kritiker des „starken Staates“ zu etablieren. In den letzten Jahren haben einige Sozialdemokraten versucht, sich mit der Betonung der freiheitlichen Tradition innerhalb der Partei in Abgrenzung zu einer Form des „Staats-Sozialdemokratismus“ zu profilieren.<sup>81</sup> Dieser Weg ist jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten und Risiken verbunden, da parteiinterne Repräsentationskrisen aufzubrechen drohen. Wie der Historiker David Kertzer in seiner Studie über die Auflösung der italienischen Kommunistischen Partei ausführte: „Insofar as people’s view of the past

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

produces a sense of belonging to a larger social grouping [...] fiddling with this construction of history risk altering their social identity and allegiances [...].<sup>82</sup> In Dänemark und Schweden sind die Versuche einer solchen Neuauslegung und eines Bruches mit dem historischen Erbe der Partei auf erheblichen Widerstand aus den eigenen Reihen gestoßen.

Der andere Weg der Sozialdemokratie in die Gegenwart – die Restabilisierung – stützt sich auf die strategische Rolle, die die Sozialdemokratie in einem destabilisierten und politisierten wohlfahrtspolitischen Klima spielt. Man kann die Restabilisierung als Leitmotiv der sozialdemokratischen Politik verfolgen. In Schweden verlief der Weg der Restabilisierung über die in den achtziger Jahre von Kjell-Olof Feldt formulierten „Wirtschaftspolitik des dritten Weges“, über die Entscheidung, die Aufnahme in die Europäische Union zu beantragen, und schließlich über das in den neunziger Jahren geschnürte „Krisenpaket“. In Dänemark verläuft die Route über die Einkommenspolitik der siebziger Jahre und die lange EU-Debatte hin zu den sozialdemokratischen Wohlfahrtsreformen in den neunziger Jahren. Diese Restabilisierung kann als sozialdemokratische Nachgiebigkeit verstanden werden, die dem Versuch dient, neue Kompromisse zu ermöglichen. Gleichzeitig dient sie als Voraussetzung für eine neuerliche offensive Politik der Sozialdemokraten und trägt deshalb vornehmlich progressive Züge. In Schweden wurde zum Beispiel die von Feldt bewirkte Neugestaltung der Wirtschaftspolitik von der Ernennung Ingvar Carlssons zum Zukunftsminister flankiert. Carlsson erhielt den Auftrag, langfristige Entwicklungstendenzen zu analysieren und zugleich mit alten Tabus in der sozialdemokratischen Gesellschaftsauffassung zu brechen.<sup>83</sup> In Dänemark bezeichneten Hilden & The Hackers 1996 die neue, stärker marktkonform ausgerichtete Politik als „2. Phase der Wohlfahrtsgesellschaft“.<sup>84</sup> Doch auch die Restabilisierungsstrategie verlief nicht ohne Probleme. In beiden Ländern äußerten sich diese besonders deutlich in aufbrechenden Konflikten zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften – sowohl in Form von Interessenkonflikten als auch im Abweichen einiger Gewerkschaftler vom sozialdemokratischen Kurs. In Dänemark wurde dieser Konflikt in Zusammenhang mit der in den siebziger Jahren geführten Debatte über die Einkommenspolitik und die Ökonomische Demokratie besonders offen ausgetragen. Der Dissens wurde auf die Spitze getrieben, als sich Thomas Nielsen, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes LO, und Staatsminister Anker Jørgensen eine sehr scharf und persönlich geführte Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit lieferten.<sup>85</sup> In Schweden brach in den achtziger Jahren ein vergleichbarer Konflikt in Zusammenhang mit dem sog. „Rosenkrieg“ (*Rosornas krig*) auf. Ursache hier: Die schwedische LO war nicht damit einverstanden, daß allein die Arbeiter die Last der Wirtschaftspolitik des dritten Weges auf sich laden sollten.

Es läßt sich sagen, daß der Weg beider Parteien in ein Spiegelkabinett führte, in dem man sich praktisch nur noch mit sich selbst auseinandersetzte. Die kritische Wohlfahrtsdebatte wurde in immer weitreichenderen Maße nur noch zwischen einzelnen Gruppierungen der sozialdemokratischen Bewegungen geführt: zwischen Gewerkschaften und Partei, zwischen Wählern und Gewählten, zwischen verschiedenen Regierungsressorts, zwischen Frauen im öffentlichen Sektor und Männern in der Privatwirtschaft,

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

zwischen Alten und Jungen, zwischen Heute und Gestern. Dieser interne Konflikt wurde zuletzt im Rahmen der zum Jahreswechsel 1998/99 in Dänemark geführten Debatte über das Vorruhestandsgeld deutlich.<sup>86</sup> Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen im Herbst 1998 hatte die sozialdemokratisch geführte dänische Regierung eine Modifikation der Vorruhestandsregelung vorgeschlagen, der zufolge gewisse private Ersparnisse bei der Festsetzung des Vorruhestandsgeldes berücksichtigt werden sollten. Diese Maßnahme führte zu einer heftigen öffentlichen Debatte, die jedoch fast ausschließlich zwischen einzelnen Gruppen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geführt wurde. Unter anderem schlug der ehemalige Ministerpräsident Anker Jørgensen den Gewerkschaftskurs ein und ging öffentlich mit der Regierung ins Gericht.

## Diskussion und Schlussfolgerung

Karl Hjortnæs, Sozialdemokrat und ehemaliger Minister, stellte im Mai 1999 in einem Kommentar in der Tageszeitung *Aktuelt* die Frage: „Wo wollen wir hin?“<sup>87</sup> Hjortnæs äußert sich im besagten Kommentar kritisch über die scheinbare Entideologisierung der Partei, bietet aber selbst keine konkreten Gegenmaßnahmen an. Alles in allem präsentieren sich die Sozialdemokratien in Dänemark und Schweden richtungslos – sie suchen nach Lösungen und einem neuen Gesellschaftsbild, mit denen die Partei wieder aus dem Spiegelkabinett herausgeführt werden kann. Der zuletzt am lebhaftesten diskutierte Ausweg ist der von Anthony Giddens skizzierte „Dritte Weg“.<sup>88</sup> Giddens Designer-Sozialismus weist einen neuen Weg hin zu einer „reflexiveren“ sozialdemokratischen Politik. Dieser Weg führt aber zugleich weg von den Gesellschaftsmodellen, wie sie die Sozialdemokratien in Schweden und Dänemark aufgebaut und verteidigt haben. Zweifellos bedeutet er eine Loslösung von der historischen Identität der Partei – und könnte so vielleicht noch weiter hineinführen in das Spiegelkabinett.

Bei unserer Untersuchung haben wir verschiedene Formen der Gesellschaftskritik gegeneinander abgegrenzt. Hierbei handelte es sich um Kritik am Wohlfahrtsstaat, denen sich die Sozialdemokratie in Vergangenheit und Gegenwart stellen mußte und muß. Immanente Kritik richtet sich gegen mangelnde Vollendung des Wohlfahrtsstaates, transzendierende Kritik stellt einen Widerspruch zwischen sozialdemokratischen Zielen und dem Wohlfahrtsstaat fest. Exterritoriale Kritik schließlich verfolgt ganz andere Zielsetzungen als die vom universalistischen Wohlfahrtsstaat repräsentierten. Gerade weil sich die Sozialdemokratien in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die Rolle eines Garanten für die bestehende soziale und politische Ordnung – förmlich als „Stewards der Gesellschaft“ – angeeignet haben, sind auch sie es, die sich der Kritik am Wohlfahrtsstaat stellen müssen. Wir verfolgten in diesem Artikel die Absicht, die Konturen dieser Problematik schärfer zu zeichnen und dabei zu illustrieren, daß diese Problematik ihre eigene Geschichte hat und damit auch zum Gegenstand historischer Untersuchung gemacht werden kann.

Damit wird unterstrichen, daß sich die Sozialdemokratien in Schweden und Dänemark heute in einer ziemlich delikaten Situation befinden. Als Protagonisten einer in Auflösung befindlichen Epoche und als Verantwortliche für eine höchst unsichere Zukunft verfügen die beiden Parteien über sehr

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

begrenzte ideologische und theoretische Freiräume – und das, obwohl sich die europäischen Sozialdemokratien in einer Hochkonjunktur befinden und verschiedenenorts über ein „neues rotes Europa“ gesprochen wird. Doch der Weg in dieses Spiegelkabinett, in dem die Gesellschaftskritik verstärkt in den eigenen Reihen der Sozialdemokratie geführt wird, kann nicht als einfach und linear, als einleuchtend oder notwendig beschrieben werden. Wie wir in diesem Artikel gezeigt haben, ist das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Wohlfahrtsstaat zu einem Gutteil durch Ambivalenz und Mehrdeutigkeit geprägt. Die Sozialdemokratien sind sowohl in Schweden als auch in Dänemark federführende Architekten des Wohlfahrtsstaates gewesen, seine mehr oder minder kritischen Verteidiger und seine Kritiker. Nun obliegt ihnen auch die Hauptverantwortung für dessen Erneuerung und Anpassung. Seit den sechziger Jahren haben sich die Parteien wiederholt in der Situation befunden, mehrere dieser Rollen gleichzeitig einzunehmen. Nicht allein, weil der Status des Wohlfahrtsstaates im politischen Denken der Sozialdemokratien vom Handeln und den Deutungen anderer Akteure abhängig ist, sondern auch, weil sowohl der Wohlfahrtsstaat als auch die Sozialdemokratie historisch veränderliche und vor allen Dingen umstrittene Begriffe sind.

Das gegenseitige Verhältnis von Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat neigt dazu, in der Schwerpunktsetzung der sozialwissenschaftlichen Forschung auf soziale Sicherungsmaßnahmen und öffentliche Meinungen zu verschwinden. In der gesamten Nachkriegszeit hat das Verhältnis der beiden Schwesterparteien zum Wohlfahrtsstaat zwischen kritischen Vorbehalten und vorbehaltloser Verteidigung geschwankt. Unseres Erachtens sind weitere Untersuchungen über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat, die diese Ambivalenz und Mehrdeutigkeit ernstnehmen, notwendig – also Studien, die dieses Verhältnis nicht von vornherein als (theoretisch) gegeben annehmen.

*Aus dem Dänischen von Henry Werner*

**1** Dieser Artikel beruht auf verschiedenen Versionen und Entwürfen, die unter anderem auf der „Social Science & History Conference“ (Amsterdam 1998) und der „Policy History Conference“ (St. Louis 1999) vorgestellt worden sind. In der vorliegenden Form stellt der Artikel eine gründlich überarbeitete und erweiterte Fassung des Artikels „Velfærdsstatens fuldbyrdelse, krise og genkomst: Socialdemokratiet og velfærdsstaten i Danmark og Sverige fra 1960'erne og frem“ dar, der in *Den Jyske Historiker* 1998, Nr. 82, erschienen ist. Für Hinweise und Kommentare danken wir Prof. Klas Åmark, Niels Finn Christiansen und Carsten Due-Nielsen.

**2** Hier kann insbesondere verwiesen werden auf Childs, Marquis: *Sweden: The Middle Way*. New Haven 1938; Galenson, Walter: *Arbejder og arbejdsgivere i Danmark*. Kopenhagen 1955 [engl. Originalausgabe 1952]. Für eine ausführliche Darstellung der ausländischen Sicht auf das skandinavische Modell, siehe Musial, Kazimierz: *Tracing Roots of the Scandinavian Model*. Arbeitspapiere „Gemeinschaften“, Berlin 1998.

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

**3** Zum Beispiel hielten die nordischen Sozialminister bereits seit 1919 jährliche Treffen ab, und seit 1946 gibt es eine gesamt-nordischen Sozialstatistik.

**4** Dieses Argument wird ausführlicher entwickelt in Lundberg, Urban und Klaus Petersen: *From Socialdemocratic Point of Views*. Paper zur Konferenz „Welfare State at the Crossroads“, Aronsborg 1998.

**5** Siehe z. B. Korpi, Walter: *Arbetarklassen i välfärdskapitalismen*. Stockholm 1978; Esping-Andersen, Gøsta: *Politics Against Markets. The Social Democratic Road to Power*. Princeton 1985.

**6** Merkel, Wolfgang: After the Golden Age. Is Social Democracy Doomed to Decline, in: Lemke, Christine und Gary Muks (Hg.): *The crisis of Socialism in Europe*. Durham, London 1992, 136. Es ist zu unterstreichen, daß es sich bei den Vertretern dieser Thesen um eine äußerst heterogene Gruppe aus neoklassischen Ökonomen, Public Choice-Theoretikern, Marxisten und Post-Marxisten handelt. Wenn diese internationalen und generellen Diskussionen in der nordeuropäischen Debatte auftauchen, richtet sich die Analyse in aller Regel gegen die Sozialdemokratie und den Wohlfahrtsstaat.

**7** Siehe z. B. Kitschelt, Herbert: *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge 1994.

**8** Ein hervorragendes Beispiel für Erkenntnisse und Begrenzungen dieses Studientyps bietet Pierson, Paul: *The New Politics of Welfare*. ZeS-Arbeitspapiere, Bremen 1995.

**9** Siehe Rothstein, Bo: „Svensk välfärdsolitik och det civila samhället.“ In: Trägårdh, Lars (Hg.): *Civilt samhälle kontra offentlig sektor*. Stockholm 1995, 94–152; Åmark, Klas: *Choosing the Encompassing Model: Swedish and Norwegian Labour Movement and Income Maintenance in the Social Security Systems 1932–1967*. Paper zur Konferenz „Welfare State at the Crossroads“, Aronsborg 1998.

**10** Furniss, Norman und Timothy Tilton: *The Case for the Welfare State. From Social Security to Social Equality*. Bloomington und London 1977, 50–93.

**11** Henningsen, Bernd und Bo Stråth: „Die Transformation des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Ende des ‘Modells’.“ In *Jahrbuch für Politik* 5 (1995), 2. Halbband, 221–246.

**12** Stråth, Bo: *Mellan två fonder. LO och den svenska modellen*. Stockholm 1998.

**13** Hier existieren unterschiedliche „Forschungsindustrien“: die Gender-Forschung, der Neoinstitutionalismus, die Macht-Ressourcen-Analytiker, Ideenhistoriker, Untersuchungen von nicht-staatlichen Akteuren, Untersuchungen in Hinblick auf den Begriff der „Zivilgesellschaft“ und all jene Untersuchungen, die sich in erster Linie auf die Kritik an andere Untersuchungen beschränken. Für eine Übersicht, siehe Petersen, Klaus: *Legitimität und Krise. Die politische Geschichte des dänischen*



**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

*Wohlfahrtsstaates 1945–1973*. Berlin 1998.

**14** Hier kann z. B. verwiesen werden auf Baldwin, Peter: *The Politics of Social Solidarity. Class Bases of the European Welfare State 1875–1975*. Cambridge 1990, der die Rolle der bürgerlichen Parteien hervorhebt. Castles, Francis G.: *The Social Democratic Image of Society: A Study of the Achievements and Origins of Scandinavian Social Democracy in Comparative Perspective*. London 1978, zeichnet das Bild eines geschwächten und zersplitterten Bürgertums. Für eine Betonung der Bedeutung freiwilliger Bewegungen, siehe Sjöberg, Marja T. und Tinne Vammen (Hg.): *På trösklen till välfärden*. Stockholm 1995; Lützen, Karin: *Byen tæmmes*. Kopenhagen 1998.

**15** Siehe Esping-Andersen, Gøsta: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton 1990; Torfing, Jacob: *Politics, Regulation and the Modern Welfare State*. Kopenhagen 1996.

**16** Siehe Olsson, Sven E.: *Social Policy and the Welfare State in Sweden*. Lund 1994; Petersen, 1998, wie Fußnote 13.

**17** Siehe Henningsen, Bernd: *Der Wohlfahrtsstaat Schweden*. Baden-Baden 1986.

**18** Siehe z. B. Erlander, Tage: *Människor i samverkan*. Stockholm 1954.

**19** Konsens bedeutet in diesem Kontext aber nicht, daß alle Akteure in jeglichen Fragen einig gewesen seien. Siehe hierzu die Argumentation von Addison, Paul: *The Road to 1945*. London 1994, 279–292.

**20** Siehe Korpi, Walter und Joakim Palme: *The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality*. Stockholm 1997.

**21** Siehe March, James G. und Johan P. Olsen: *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*. New York 1989.

**22** Siehe hierzu Elmér, Åke: *Från Fattigsverige till välfärdsstaten*. Stockholm 1963; Olsson, 1994, wie Fußnote 16; Kolstrup, Søren: *Velfærdsstatens rødder. Fra kommunesocialisme til folkepension*. Kopenhagen 1996; Petersen, 1998, wie Fußnote 13.

**23** Siehe Pierson, 1995, wie Fußnote 8; Goul Andersen, Jørgen: „The Scandinavian Welfare Model in Crisis? Achievements and Problems in the Danish Welfare State in an Age of Unemployment and Low Growth.” In: *Scandinavian Political Studies* 20 (1991), Nr. 1, 1–37.

**24** Siehe Nedelmann, Birgitta: *De-institutionalizing of the Welfare State and the Rise of Conflicts. The German Case of Sick-Leave Payment*. Paper zur Konferenz „Welfare State at the Crossroad”, Sigtuna 1997; Kettunen, Pauli: „Globalization and the Criteria of ‘Us’.” In: Flemming, F. et. al. (Hg.): *Global Redefining of Working Life*. Kopenhagen 1998.

**25** Siehe Seip, Anne-Lise: „Velfærdsstaten en nordisk model?” In: *Årbog for arbejderbevægelsens historie* 1991, 49–72.

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,  
Wirtschaft und Kultur  
ISSN 1863639X  
2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)  
Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

**26** Siehe Bryld, Claus: „Arbejderbevægelsen og de politisk-historiske forudsætninger for velfærdsstaten.“ In: *Arbejderhistorie* 4 (1996), 5–21; Trägårdh, Lars: *Statist Individualism: On the Culturality of the Nordic Welfare State*. CWES Working Papers Nr. 21, 1997.

**27** Eine solche soziale und politische Ordnung – namentlich in Gestalt des Wohlfahrtskonsens – wird jedoch immer asymmetrisch und marginalisierend sein und die Interessen einiger Gruppen gegenüber den Interessen anderer privilegieren. Michel Foucault hat zum Beispiel in einer Reihe seiner Werke auf die Konsequenzen der Kategorisierung hingewiesen. Ferner kann auf eine Reihe von Studien über „die dunklen Seiten“ des nordischen Wohlfahrtsstaates verwiesen werden: Hirdman, Yvonne: *Att lägga livet tillrätta*. Stockholm 1989; Runcis, Maja: *Steriliseringer i folkhemmet*. Stockholm 1998; Bryld, Tine: *I den bedste mening*. Nuuk 1998.

**28** Siehe z. B. Swensson, Peter: „Bringing Capital Back In, or Social Democracy Reconsidered.“ In: *World Politics* 43 (1991). Hierbei muß angemerkt werden, daß der schwedische Arbeitsmarkt im Rahmen des sogenannten Rehn-Meidner-Modells wesentlich stärker reguliert war als der dänische.

**29** Siehe Kettunen, 1998, wie Fußnote 24.

**30** Siehe Petersen, 1998, wie Fußnote 13.

**31** Insbesondere die sozialdemokratischen Visionen in kulturellen und immateriellen Fragen sind unverwirklicht geblieben. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß das private Eigentumsrecht unangetastet geblieben und eine umfassende Regulierung privater Investitionen nicht in Erwägung gezogen worden ist. Siehe hierzu Nybom, Torsten: „The Swedish Social Democratic State in a Tradition of Peaceful Revolution.“ In: Due-Nielsen, Carsten et. al. (Hg.): *Konflikt og samarbejde. Festschrift til Axel Gemzell*. Kopenhagen 1993 (zum Privateigentum); Pontusson, Jonas: *The Limits of Social Democracy*. New York 1992 (zu den Investitionen).

**32** Siehe Esping-Andersen, 1985, wie Fußnote 5, 237.

**33** Über die verschiedenen Krisen des Wohlfahrtsstaates – die finanzielle, moralische, ideologische, politische usw. – existieren zahlreiche Beiträge. Hinzu kommen Verknüpfungen mit anderen zeitgenössischen Krisen: Die Krise der Demokratie, der gemeinschaftlichen Solidarität, des Nationalstaates, der traditionellen Familienstrukturen usw. Siehe hierzu Pierson, Christopher: *Beyond the Welfare State?* Cambridge 1991; Petersen, Klaus: „Fra ekspansion til krise. Udforskning af velfærdsstatens udvikling efter 1945.“ In: *Historisk Tidsskrift* 1997, Nr. 2, 356–375.

**34** Hier kann z. B. auf die rasch ansteigende Zahl an Patienten Vereinigungen, Rentnerorganisationen usw. verwiesen werden.

**35** Eine wichtige Nuancierung ist jedoch, daß ein Akteur seine Arbeit im Rahmen des sozialen Kompromisses fortsetzen kann, während er sich

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,  
Wirtschaft und Kultur  
ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

zugleich in internen ideologischen Diskussionen eine zunehmend kritische Einstellung aneignet. Anders wäre z. B. weder das Handeln der bürgerlichen Koalitionsregierung in Schweden (1976–82) zu erklären, noch die Frage, wie der dänische Wohlfahrtsstaat die zehn Jahre der bürgerlichen Koalitionsregierung (1982–92) nahezu unbeschadet überstehen konnte.

**36** Siehe Lohmann, Georg: „Gesellschaftskritik und normativer Maßstab. Überlegungen zu Marx.“ In: Honneth, Axel und Urs Jaeggi (Hg.): *Arbeit, Handlung, Normativität*. Frankfurt/Main 1980; Gronow, Jukka: *On the Formation of Marxism*. Helsinki 1986.

**37** Myrdal, Gunnar: *An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy*. New York 1944. Siehe außerdem Kettunen, Pauli: „The Society of Virtuos Circles.“ In: Ders. (Hg.): *Models, Modernity and the Myrdals*. Helsinki 1997.

**38** Siehe z. B. Myrdal, Gunnar: *An Asian Dilemma. An Inquiry in the Poverty of Nations*. New York 1968.

**39** Siehe Petersen, Klaus: *Socialdemokratisk Samfund*. Unveröffentlichtes Manuskript, Kopenhagen 1999.

**40** Erichsson, Lars Erich und Mats Hellström (Hg.): *Välståndsklyftor och standardhöjning: en bok om inkomstjämnning*. Stockholm 1967.

**41** Inghe, Gunnar und Maj-Britt Inghe: *Den ofärdiga välfärden*. Stockholm 1967.

**42** Hansen, Bent: *Velstand uden velfærd*. Kopenhagen 1969.

**43** Dich, Jørgen S.: *Den herskende klasse. En kritisk analyse af social udbygning og midlerne imod dem*. Kopenhagen 1973.

**44** Åkerman, Nordal: *Apparaten Sverige*. Stockholm 1969.

**45** Lohmann, 1980, wie Fußnote 36.

**46** Södersten, Bo: *Den hierarkiska välfärden och andra essäer*. Stockholm 1968.

**47** Olle Svenning in *Tiden* 1969, Nr. 3.

**48** Holger Eriksen in *Verdens Gang* 1968, Nr. 10.

**49** Hans Jørn Christensen in *Ny Politik* 1972, Nr. 6.

**50** Bent Hansen in *Ny Politik*: 1973, Nr. 6.

**51** Gemeint sind die „Zentrums-Demokraten“ (*Centrum-Demokraterne*).

**52** *Tiden* 1969, Nr. 2.

**53** Von der sogenannten „Buchstabenlinken“ (*bogstavsvestre*) ging ein wahrhafter Strom an wohlfahrtskritischen Analysen und marxistisch inspirierten Untersuchungen aus, die den unzureichenden Charakter des (bürgerlich-)sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates zu entblößen

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

versuchten.

**54** Hansen, Bent und Robert Pedersen (Hg.): *Ung i de gode tiders land*. Kopenhagen 1961.

**55** Elmér, 1963, wie Fußnote 22.

**56** Kjeld Olesen in *Verdens Gang* 1968, Nr. 6.

**57** Siehe hierzu die Beilage zu *Verdens Gang* 1969, Nr. 2.

**58** Siehe *Tiden* 1967, Nr. 9.

**59** SAP Kongresprotokoll Stockholm 1969.

**60** Lykketoft, Mogens: *Kravet om lighed. En redegørelse fra den socialdemokratiske folketingsgruppes lighedskommission*. Kopenhagen 1973.

**61** Siehe Christiansen, Niels Finn: „Velfærd. Vision og virkelighed.“ In: Callesen, Gerd et. al. (Hg.): *Udfordring og omstilling. Bidrag til Socialdemokratiets historie 1971–1996*. Kopenhagen 1996.

**62** Siehe Olsson, 1994, wie Fußnote 16; Rasmussen, Hanne und Mogens Rüdiger: *Tiden efter 1945*. Gyldendals Danmarkshistorie. Bd. 8. Kopenhagen 1990.

**63** Sten Johansson in *Tiden* 1970, Nr. 7.

**64** Lidman, Sara: *Gruva*. Stockholm 1968.

**65** Siehe Elmbrandt, Björn: *Fälldin*. Stockholm 1991.

**66** Siehe Boréus, Kristina: *Högervåg: Nyliberalismen och kampen om språket i svensk offentligdebatt 1969–1989*. Stockholm 1994.

**67** Siehe Hugemark, Agneta: *Den fängslade marknaden. Ekonomiska experter om välfärdsstaten*. Lund 1994.

**68** Siehe Petersen, 1998, wie Fußnote 13.

**69** Schlüter, Poul: *Den lange vej – fra nederlag til fremgang. Taler og artikler 1973–1980*. Kopenhagen 1980.

**70** Siehe Christiansen, 1996, wie Fußnote 59; Stråth, 1998, wie Fußnote 12.

**71** Siehe Dalgaard, Niels: „Debatten om økonomisk demokrati i Danmark og Sverige.“ In: *Politica* 3 (1993), 323–339.

**72** Siehe Stråth, 1998, wie Fußnote 12; Lundberg und Petersen, 1998, wie Fußnote 4.

**73** In Dänemark wurden sowohl das 1973 vorgelegte Modell für die Ökonomische Demokratie als auch der revidierte und entschärfte Vorschlag aus dem Jahre 1979 mehrheitlich im Parlament abgelehnt. In Schweden gelang es 1982, den Entwurf für die Einrichtung der sog.

**NORDEUROPAforum**

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang****Summary****Einleitung****Der richtige Blickwinkel****Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr****Immanente Kritik****Transzendierende Kritik****Im Land von morgen: Die Sozial****Exterritoriale Kritik****Sozialdemokratie im Spiegelkab****Diskussion und Schlussfolgerun****Fußnoten****zur Startseite**

Arbeitnehmerfonds zu verabschieden – jedoch erst nach massivem Druck der Gewerkschaften. In keinem der beiden Länder gelang es jedoch, einen größeren Enthusiasmus für die geplanten Reformen zu mobilisieren (siehe hierzu Esping-Andersen, 1985, wie Fußnote 5). Ganz im Gegenteil schienen die Diskussionen über die Reformpläne die politischen Gegner der Sozialdemokraten zu stärken.

**74** Siehe Stråth, Bo: *Folkhemmet mot Europa*. Stockholm 1992.

**75** Siehe z.B. die o.g. Venstre-Literatur.

**76** Siehe Korpi, 1978, wie Fußnote 5; Esping-Andersen, 1985, wie Fußnote 5.

**77** Siehe Kitschelt, 1994, wie Fußnote 7.

**78** "Exterritorial" ist ein juristischer Terminus, der sich aus den lateinischen Begriffen *ex* und *territorium* zusammensetzt. Er verweist auf Vorgänge, die außerhalb der territorialen Grenzen stattfinden und somit keiner nationalen Gesetzgebung unterliegen.

**79** Dies bedeutet auch, daß die Präsentation verschiedener Formen der exterritorialen Kritik wesentlich detaillierter und komplizierter ausfallen könnte. Genannt sei hier nur der dauerhaft geführte politische Kampf um die Definition politischer Begriffe wie „Demokratie“ oder „Zivilgesellschaft“. Calhoun, Craig: *Critical Social Theory*. Oxford 1995, 215, pointiert außerdem, daß die Forderungen der Identitätspolitik nach mehr individueller Eigenheit nicht ausschließlich linke, progressive Formen (wie in der Frauenbewegung, der Forderung nach sexueller Befreiung, in Umweltbewegungen oder kulturellen Gegenströmungen) angenommen hat, sondern sich auch in einer neuen religiösen Rechten, in Nationalismus, Rassismus oder dem Widerstand gegen die Zuwanderung aus nicht-europäischen Ländern niederschlug.

**80** Allerdings muß bemerkt werden, daß dies nicht nur auf Sozialdemokraten zutrifft. Auch bürgerliche Parteiführer nehmen am „Deutungskampf“ etwa der Gestalt Tony Blairs teil.

**81** Siehe z. B. Christensen, Jan Juul et. al.: *Tilbage til friheden: den eneste vej frem for Socialdemokratiet*. Kopenhagen 1996; Sahlström, Olle: *Den röda patriarken: en essä om arbetarrörelsens auktoritära tradition*. Stockholm 1998.

**82** Kertzer, David I.: *Politics and Symbols. The Italian Communist Party and the Fall of Communism*. London 1996.

**83** Siehe Mellbourn, Anders: *Bortom det starka samhället*. Stockholm 1986.

**84** *Aktuellt* vom 14. März 1996. Der Beitrag zog eine Reihe von Diskussionsbeiträgen nach sich.

**85** Siehe Carlsen, Erik Meier: *Plads for dem alle? Strid og forvandling i Socialdemokratiet*. Kopenhagen 1992.

**NORDEUROPAforum**

*Zeitschrift für Politik,*

*Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

2/1999

9. Jahrgang (2. der N.F.)

Seiten 57-89

**Textanfang**

**Summary**

**Einleitung**

**Der richtige Blickwinkel**

**Der Wohlfahrtsstaat der Nachkr**

**Immanente Kritik**

**Transzendierende Kritik**

**Im Land von morgen: Die Sozial**

**Exterritoriale Kritik**

**Sozialdemokratie im Spiegelkab**

**Diskussion und Schlussfolgerun**

**Fußnoten**

**zur Startseite**

**86** Das Vorruhestandsgeld wurde 1979 eingeführt und eröffnet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit, sich ab dem 60. Lebensjahr vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Die Berechtigung zum Empfang des Vorruhestandsgeldes setzt jedoch eine langjährige Mitgliedschaft in der Arbeitslosenversicherung voraus.

**87** Karl Hjortnæs in *Aktuelt* vom 29. Mai 1999.

**88** Giddens, Anthony: *The Third Way: The Renewal of Social Democracy*. Oxford 1998. Giddens war in akademischen Kreisen natürlich auch schon vor Erscheinen seines Strategiepapiers bekannt. Mit diesem Erscheinen und seiner Nähe zu New Labor sind seine Aktien doch stark gestiegen.